

MITTEILUNGEN

Umbruch oder Kontinuität: Die Tschechoslowakei und Ostmitteleuropa 1945–1948

Als Kontrast zu den vielfältigen Gedenk- und Jubiläumsveranstaltungen, die „50 Jahre Kriegsende“ allenthalben hervorriefen, wählte das Collegium Carolinum in München, die Forschungsstelle für die böhmischen Länder, als Tagungsthema seiner traditionellen Jahresveranstaltung in Bad Wiessee im vergangenen Jahr die Phase von 1945 bis 1948 in der Tschechoslowakei und Ostmitteleuropa. Dabei ging es weniger um eine faktographische Gesamtansicht der Entwicklungen in der ČSR und anderen Ländern der Region zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Vielmehr sollte der Frage nach Kontinuitäten, unterschiedlichen Schnittstellen und nach den Umbrüchen nachgegangen werden, die sich in diesem Teil Europas zwischen dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Okkupationsherrschaft und der Etablierung und Stabilisierung des kommunistischen Systems unter sowjetischer Vorherrschaft vollzogen. Im Grunde genommen lautete die Frage: Welche Bedeutung hatte das Jahr 1945 bzw. das Jahr 1948 als Weichenstellung für die folgende Entwicklung?

Die Konferenz, die von Peter Heumos konzipiert und organisiert wurde und die vom 24. bis 26. November 1995 mit reger internationaler Beteiligung stattfand, nahm ihren Ausgangspunkt bei der Quellensituation. Wie Vilém Prečan (Prag) in seinem Referat über „Sowjetische Archivdokumente – neue Quellen zur tschechoslowakischen Geschichte 1941–1945: Erfahrungen, Ergebnisse und Mißerfolge eines Forschers“ zeigte, brachte der politische Umschwung seit Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion bzw. in Rußland noch keine Neubewertung in den Darstellungen, ja auch nur bedingt einen Zugang zu zentralen Beständen. Aus jüngst veröffentlichten internen Quellen des sowjetischen Außenministeriums wird immerhin erkennbar, daß dieses schon seit 1941 bemüht war, ein engeres tschechoslowakisch-polnisches Bündnis in der Nachkriegszeit zu verhindern und anstelle eines Cordon sanitaire bilaterale Bindungen zu den der Sowjetunion vorgelagerten Staaten durchzusetzen.

Allgemeine Zustimmung fand die These Michal Reimans (Berlin) in seinem Beitrag zu den „Kernpunkten der sowjetischen Politik gegenüber Ostmitteleuropa und ihre Entwicklung 1945–48“, daß die Blockbildung der Nachkriegszeit nicht die alleinige, systematisch verfolgte Konzeption

der Sowjetunion gewesen war. Umstritten blieb aber, ob die alternative Konzeption einer europäischen Dimension der sowjetischen Politik und der weiteren Zusammenarbeit mit den Westalliierten durch den nicht geplanten Austritt der Kommunisten aus der französischen Regierung 1947 scheiterte und ob erst dies mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu einer kompromißlosen Hegemonialpolitik in Ostmitteleuropa geführt habe. Die Diskussion über den Spielraum der Innenpolitik in den ostmitteleuropäischen Ländern und über das Gewicht des sowjetischen Einflusses auf die innere Entwicklung wurde damit zum roten Faden, der sich durch die Wiesseer Tagung ziehen sollte.

Unter diesem Blickwinkel betrachtete auch Jiří Sláma (München) „Die Folgen der Zwangsaussiedlung der Deutschen für die weitere Entwicklung der Tschechoslowakei“, wobei er sich insbesondere auf wirtschaftliche, demographische und wahlpolitische Aspekte konzentrierte. Von der Wiederbesiedlung der entvölkerten, ehemals deutschsprachigen Gebiete habe die Kommunistische Partei in mehrfacher Hinsicht profitiert: wirtschaftlich durch Verstaatlichung bzw. Nationalisierung des deutschen Vermögens und politisch einerseits direkt durch die Bindung der Neusiedler, wie Wahlanalysen bestätigen, und andererseits indirekt durch die Zerstörung des Rechtsbewußtseins, was die späteren Maßnahmen gegen die bürgerlichen Schichten, gegen Bauern und Arbeiter und gegen das gesamte politische System vorbereitet hätten. Sláma interpretierte die Vertreibung der Deutschen zwischen 1945 und 1947 somit als Vorspiel zur kommunistischen Machtübernahme 1948.

Der in Abwesenheit des Referenten vorgetragene Beitrag von Milan Drápala (Prag) „Zum Problem der kommunistischen Avantgarde in der Tschechoslowakei nach 1945 am Beispiel Vítězslav Nezval“ zeigte dagegen, daß für Vertreter der revolutionären Avantgarde die Bruchstelle oft schon weit früher lag, z.B. bei den Moskauer Schauprozessen der 30er Jahre. Nach 1933 bzw. 1939 und erst recht nach 1945 sei es nicht mehr der Glaube an die großen Ideale gewesen, sondern das Bewußtsein der Alternativlosigkeit, was zur völligen Loyalität gegenüber der kommunistischen Politik geführt habe, auch wenn der einzelne Künstler oder sein persönliches Umfeld in Konflikt mit der Partei gerieten.

Diese Situation ließ Künstlern, die aus der Emigration in die Tschechoslowakei zurückkehrten, meist nur die Chance, sich anstelle der künstlerischen Tätigkeit politisch oder administrativ zu engagieren. Wie Stefan Bauer (München) am Beispiel der „Reemigration deutschsprachiger Schriftsteller in die Tschechoslowakei und ihr Scheitern 1945–1948“ vorführte, konnten von den wenigen, die überhaupt die Rückkehr wagten, nur einzelne linksorientierte Autoren wieder Fuß fassen, und dies oft

auch nur für wenige Monate. Die politische Entwicklung von 1948 und der erzwungene Verzicht auf die deutsche Sprache kennzeichnen nach Bauer das grundsätzliche Scheitern der Rückkehrversuche von tschechoslowakischen Exilschriftstellern, nicht nur der Deutsch schreibenden.

Mit dem Vortrag von Jiří Kocian (Prag) über „Die Tschechische Nationalsozialistische Partei und die mitteleuropäischen Länder 1945–1948“ wurde die Diskussion im Plenum der Konferenz auf die Frage zurückgeleitet, ob in diesen Jahren überhaupt ein demokratisches System bestanden habe und ob es zwischen den in der Nationalen Front zusammenarbeitenden kommunistischen und nichtkommunistischen Parteien zu einer Auseinandersetzung über demokratische Prinzipien und Formen gekommen sei. Der Referent hob die machtpolitische Selbstüberschätzung der tschechischen nationalen Sozialisten hervor, die auch durch ihre Auslandskontakte keine Zweifel an dem Bündnis mit den Kommunisten bekommen hätten. Dabei wurde deutlich, daß eine derartige parteipolitische Analyse vor allem die soziologischen Umschichtungen in der Gesellschaft berücksichtigen muß. Entscheidend dürften die wahlpolitischen Fehleinschätzungen der im Deutschen – aus naheliegenden Gründen – auch als Volkssozialisten bezeichneten Gruppierung gewesen sein. Die Partei befand sich in dem Dilemma, daß sie einerseits nicht in dem Maße Sammelbecken der Anhänger verbotener Parteien wurde, wie erwartet, sondern daß vor allem die KPČ vom Ausschluß des konservativen Spektrums profitierte, und daß die Partei andererseits in ihrer – politisch diffamierten – rechten Wählerschaft keinen Rückhalt für eine linke oppositionelle Politik gegenüber den Kommunisten finden konnte.

In einem vergleichbaren Zwiespalt befand sich auch die slowakische Demokratische Partei, wie Michal Barnovský (Bratislava) in seinem Beitrag über „Die Formierung der Demokratischen Partei und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe des slowakischen Staates“ darlegte. Aus dem Widerstand entstanden und im Gegensatz zur Hlinka-Partei protestantisch geprägt, trat diese Richtung zuerst für eine slowakische Selbständigkeit ein, wurde aber durch den Druck der Kommunistischen Partei und durch sowjetische Vorgaben auf einen föderalistischen Kurs gezwungen. Daß eine ähnliche Umorientierung vom Föderalismus zu einem asymmetrisch aufgebauten tschechoslowakischen Zentralismus auch die slowakischen Kommunisten durchmachten, führte Edita Ivaničková (Bratislava) mit ihrem Referat über „Die staatsrechtliche Stellung der Slowakei in den Diskussionen der slowakischen politischen Führungsgruppen 1944–1948“ vor. Die staatsrechtliche Frage sei somit für die kommunistische Machtübernahme in der mehrheitlich antikommunistischen Slowakei instrumentalisiert worden. Die Diskussion legte nicht nur offen, daß für die

Slowakei weniger 1945 als die Jahre 1944 oder 1946 entscheidende Weichenstellungen markierte, sondern auch daß für die tschechische Historiographie noch Schwierigkeiten bestehen, die eigenständige slowakische Problematik zwischen 1938 und 1992 – unabhängig von der Prager Politik – zu werten.

War mit dem slowakischen Thema schon der Weg zur Komparation im Rahmen der ostmitteleuropäischen Großregion betreten worden, so öffneten am Ende der Tagung drei Referate zur Entwicklung in Finnland und Polen den Horizont. Bedauerlicherweise waren die in der Planungsphase der Veranstaltung vorgesehenen Beiträge zu Rumänien und Ungarn nicht zustande gekommen. Hermann Beyer-Thoma (München) hob in seinen Ausführungen über „Demokratie in der Zerreißprobe: Finnland in der Auseinandersetzung zwischen Blockbündnis und Parlamentarismus 1944–1948“ das an demokratischen Werten ausgerichtete finnländische Nationsverständnis hervor, das den politisch verantwortlichen Bürger und nicht ethnische Kriterien, wie in anderen Teilen Ostmitteleuropas, in den Mittelpunkt stellt. Angesichts des Scheiterns einer sowjetischen Durchdringung der Innenpolitik stellte sich die Frage, ob dafür der finnische Widerstand oder ein geringes politisches Interesse Moskaus ausschlaggebend waren. Trotz der Besonderheit der geographischen Randlage und des Fehlens eines Besatzungsregimes während oder nach dem Kriege machte das Beispiel Finnland immerhin deutlich, daß die ungebrochene Kontinuität von Verfassung und Rechtssystem es ermöglichte, Versuche der radikalen Linken abzuwehren, mittels populistischer Solidarisierungsaktionen und eines Sonderrechts für Kriegsverbrecherprozesse das bestehende Rechtsverständnis zu untergraben.

„Die Reorganisation des politischen Systems in Polen 1945–1948“, über die Andrzej Sakson (Posen) sprach, zeigt ebenfalls die Problematik der Bildung einer politischen Einheitsregierung und der zugleich erfolgten Polarisierung von Kommunisten und Nichtkommunisten, die in Polen bis 1946 zu einer bürgerkriegsartigen Konfrontation führte. Das Experiment der polnischen Kommunisten unter Gomułka, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, scheiterte endgültig dann bereits 1948. Die sozialen Hintergründe für diese Entwicklung analysierte Janusz Żarnowski (Warschau) mit seinem Referat „Die Folgewirkungen von Krieg und Okkupation und die Entwicklung der sozialen Klassen in Polen 1945–1948“. Die tiefgreifenden Umschichtungen innerhalb der polnischen Gesellschaft infolge der Vernichtung der Juden und der polnischen Intelligenz während der deutschen Herrschaft und infolge der Entmachtung und Entwurzelung der Landbesitzer und des Bürgertums durch die Westverschiebung Polens, die Enteignungen und andere Zwangsmaßnahmen nach 1945

ließen vor allem das Bauerntum und die junge Intelligenz profitieren und zu Trägern der neuen Politik werden.

Die von Ferdinand Seibt (München) geleitete Schlußdiskussion, die Martin Schulze Wessel (Berlin) mit einer Zusammenfassung einleitete, war bestrebt, die ersten Nachkriegsjahre in der Tschechoslowakei vor dem Hintergrund der Entwicklung in den anderen ostmitteleuropäischen, aber auch in westlichen Staaten wie Frankreich, Holland oder Dänemark zu interpretieren. Insgesamt wurde deutlich, daß es in der Forschung einer stärkeren Verknüpfung zwischen der Analyse außenpolitischer und innenpolitischer Konzeptionen und Strategien mit – eher mittelfristig wirkenden – sozialwissenschaftlichen und sozialpsychologischen Entwicklungen bedarf. Peter Heumos (München) wies darauf hin, daß gerade im Bereich der ČSR schon seit Ende der 30er Jahre eine wirtschafts- und sozialpolitische Abwendung von westlichen Regelungsmechanismen eingesetzt habe und auch politisch nach 1938 vom Westen wenig erwartet worden sei. Diese bereits während des Protektorats ausgebildeten oder zumindest angelegten politischen und gesellschaftlichen Orientierungs- und Konfliktformen seien nach 1945 zum Tragen gekommen bzw. dann in erster Linie von der KPČ genutzt worden.

Ungeachtet aller machtpolitischer Konstellationen in den als „Zwischeneuropa“ apostrophierten mittel- und ostmitteleuropäischen Ländern, die zwischen 1945 und 1948 zu einer einschneidenden Umorientierung vom Westen zum Osten Europas führten, zeigt sich, daß diese beiden Jahreszahlen nicht überbewertet werden dürfen. Meist lassen sich spezifische Schritte oder gar Wendepunkte gerade zwischen 1945 und 1948 festmachen, von denen ab erst eine Umkehr nicht mehr möglich war. Andererseits weisen elementare Einschnitte im Rechts- und Politikbewußtsein und in der sozialen und ethnischen Zusammensetzung auf die Zäsur 1938/39 hin, so daß das Jahrzehnt von 1938 bis 1948 eher als Gesamtheit zu sehen ist und nicht 1945 als zentraler Scheidepunkt überbetont werden sollte.

Schließlich wurde offenkundig, daß politische Kategorien und die Organisationsformen von Demokratie oder Parlamentarismus in Umbruchphasen schwer zu bewerten sind. Der Erklärungsgehalt solcher identitätsstiftender und damit wissenschaftlich problematischer Begriffe ist begrenzt und führt eher zu dogmatischen Glaubenserklärungen als zum Verständnis der historischen Abläufe. Neben der Betrachtung der sich verändernden Machtstrukturen dürften Untersuchungen über Stabilität bzw. Instabilität sozialer Subsysteme und allgemein gesellschaftlicher Erwartungshaltungen notwendige zusätzliche Erkenntnisse bringen. Angesichts des disparaten Forschungsstandes vermochte es die Wiesseer Tagung des Collegium Carolinum zwar nicht, eine Zwischenbilanz vorzulegen, sie gab aber

wichtige Anstöße für neue Fragestellungen und zu länderübergreifenden Forschungsansätzen. Darüber hinaus erlaubte die Konferenz insbesondere, die oft zu selbstbezogenen Interpretationen der tschechoslowakischen Situation von tschechischer, slowakischer oder deutscher Seite einander gegenüberzustellen und damit neue Perspektiven zu eröffnen.

Robert Luft, München

Symposium „Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995“ in Karlsruhe, 26. September 1995

Das Symposium war ein Teil des vom Innenministerium Baden-Württemberg initiierten Veranstaltungsprogrammes zum Thema „50 Jahre Flucht und Vertreibung“ im Jahre 1995. Veranstalter der Tagung waren das Innenministerium, die Stadt Karlsruhe sowie das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Die Diskussionsleitung im Symposium lag bei Herrmann Schäfer, dem Direktor des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Der baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele sprach in seinem Grußwort von einem „Jahrhundert der Flüchtlinge“. So seien nach einem Bericht des Flüchtlingskommissariates der Vereinten Nationen derzeit etwa 50 Mio. Menschen auf der Flucht. Eine „unglückliche Signalwirkung“ habe der Vertrag von Lausanne 1923 gehabt, in dem der Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland „geregelt“ worden war. Es sei heute, 50 Jahre nach der millionenfachen Vertreibung von Deutschen, besonders schmerzhaft, ansehen zu müssen, wie Menschen „weiterhin vertrieben“ werden. Er nannte es beunruhigend, wenn in diesem Zusammenhang die „Nation wieder als eine Gemeinschaft mit gemeinsamer Geschichte und ethnischer Herkunft mystifiziert“ werde.

Einleitung und zugleich thematischer Rahmen waren die Ausführungen des Berliner Historikers Götz Aly. Sein Vortrag „Das Jahrhundert der Vertreibung. Plädoyer für die Überwindung der geteilten Optik“ verließ die gewohnten Spuren einer isolierten Betrachtungsweise „einzelner betroffener Gruppen“. Dies entsprechend der Dimensionen der gewaltsamen Bevölkerungsbewegungen im 20. Jahrhundert: Allein zwischen 1920 und 1950, so seine Bilanz, „mußten mehr als 40 Millionen Europäer ihre angestammte Heimat zwangsweise für immer aufgeben“. Aly wörtlich: „Dieses Thema glitt in eine Zone des Desinteresses, wenn nicht der Diskreditierung.“ Die Tabuisierung reichte von der Vertreibung der Deutschen bis zu der Umsiedlungs- und „Umvolkungspolitik“ des Dritten Reiches. Seine von ideologischen, nationalen und ethnischen Fesseln bemerkenswert losgelöste Betrachtung verwies „auf die Chance zur übergreifenden Bearbeitung jener Traumata, deren Erörterung bisher in Verdrängung, wechselseitigen Mißverständnissen und Aufrechnungen der Leiden zu enden pflegte“. Damit gehe es um geschichtliche Erfahrungen in der europäischen Dimension, um „eine Pluralität der Wahrheiten“. Entsprechend waren die im Sinne des *pars pro toto* angeführten Einzel-

projektionen zu dieser Thematik: Die angeführten Beispiele Südtirol und Lemberg spiegelten die Tragik und Komplexität des „säkularen europäischen Selbstverstümmelungs- und Depotenzierungsprozesses“ wider.

Den Ausführungen Alys folgten Beiträge von Lothar Dralle, Gießen, „Flucht und Vertreibung – im historischen Zusammenhang“, und von Leonore Scholze-Irrlitz, Berlin, „Auf den Schultern der Frauen. Flucht und Vertreibung, Umsiedlung und Neuanfang im Landkreis Beeskow/Storkow (1945–1950)“. Damit war der erste thematische Block des „Angenommen!“ abgeschlossen.

Die folgenden Beiträge befaßten sich mit dem „Angenommen?“, der Integration in Baden-Württemberg. Im einzelnen waren es Vorträge von Thomas Grosser, Mannheim, „Die Ankunft und Aufnahme aus der Sicht der Einheimischen“; Sylvia Schraut, Mannheim, „Zwischen Koalitionsverbot und politischer Eingliederung: Die IDAD (Interessengemeinschaft der Ausgewiesenen Deutschen)“; Elisabeth Fendl, Marktredwitz, „Der Rückgriff auf die alte Heimat als Maßstab der Integration“, und Ute Grau, Karlsruhe, „Die Integration in Karlsruhe“.

Insgesamt lag die Bedeutung des Symposiums – neben der Erinnerung an die Ereignisse vor 50 Jahren – primär wohl darin, daß eine Verknüpfung zwischen dem Gesamtparameter „Jahrhundert der Flüchtlinge“ mit europäischer Dimension und der Flucht und Vertreibung von Deutschen gelang. Vielleicht ergeben sich hieraus auch weiterreichende Impulse zur Überwindung der „geteilten Optik“. Eine entideologisierte, der Wahrheit verpflichtete und entstereotypisierte Betrachtungsweise mag aber zur weiteren Forschung und Beschäftigung mit dieser Thematik ermuntern. Und vielleicht verliert das Thema „Vertreibung von Deutschen“ etwas von seinem mitunter zu beobachtenden Biotopcharakter.

Für das Jahr 1997 plant das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg eine Fortsetzungsveranstaltung, die sich der aktuellen Migrationsproblematik mit dem Schwerpunkt „Spätaussiedler“ widmen soll.

Die Beiträge des Symposiums wurden im August 1996 in der Schriftenreihe des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg „Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten“ veröffentlicht.

Karl-Peter Krauss, Stuttgart

**Vertriebene in Niedersachsen.
Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen
und ihre Integration nach dem Zweiten Weltkrieg.
Ein deutsch-polnisches Colloquium
der Ost-Akademie, Lüneburg, 9.–11. Mai 1995**

Wenn die Ost-Akademie anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges eine vom Land Niedersachsen geförderte Konferenz zur Vertreibungsproblematik durchführte, so sollte sie damit nicht nur der Tatsache Reverenz, daß die deutsche Nachkriegsgeschichte, insbesondere auch die Niedersachsens und des Regierungsbezirks Lüneburg, durch den Zustrom und die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den früheren deutschen Staats- und Siedlungsgebieten im östlichen Mitteleuropa, Ost- und Südosteuropa seit 1944/45 nachhaltig geprägt worden ist; sie lenkte auch nicht ab von der Erinnerung an die der *deutschen* Katastrophe vorausgehende und sie letztlich verursachende Schreckensherrschaft des nationalsozialistischen Regimes. Vielmehr wurde mit der Veranstaltung dieses Colloquiums eine Debatte vorangetrieben, die – wie gerade die polnischen Teilnehmer betonten – notwendig ist, um die deutsch-polnischen Beziehungen auf der Ebene des gesellschaftlichen Bewußtseins und der öffentlichen Meinung dauerhaft zu verbessern und die zwischen den Staaten abgeschlossenen Verträge mit Leben zu erfüllen. Unter der Devise „Sich der ganzen Geschichte stellen“ wird damit zugleich ein Weg aus unglücklichen Auseinandersetzungen gewiesen, in denen die einen – in vielleicht guter Absicht, aber unter Verkennung der Fakten und ihrer moralischen Dimension – meinen, neben und nach „Auschwitz“ bleibe kein Raum für die Erwähnung deutschen Leids, während andere – kaum weniger einseitig – darauf insistieren, auch das von Deutschen Erlittene müsse als Unrecht und Verbrechen gebrandmarkt werden, und hierbei nicht selten die (nicht nur quantitative) Größenordnung der Ereignisse und Vorgänge, deren Kausalität und zeitlichen Ablauf aus dem Auge verlieren oder verzerren.

Das dichte dreitägige Programm wurde von Kurt Plück (Bonn) und Artur Hajnicz (Warschau) mit Ausführungen zur Bedeutung des Konferenzthemas für die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen eröffnet; hierzu unten Näheres. Josef Henke (Koblenz) schilderte die Quellenlage und Historiographie zum Thema von deutscher Seite, Jerzy Kołacki (Posen) und Beata Ocieпка (Breslau) stellten die – mehr die Vertriebenen und ihre Organisationen als das Phänomen der Vertreibung betreffenden – Veröffentlichungen vor, die von 1945 bis 1979 bzw. seit 1980 in Polen er-

schiene sind. Jörg Bernhard Bilke (Bonn) sprach über „Flucht und Vertreibung in der deutschen Belletristik“, zu Recht die Bedeutung dieser Form der Verarbeitung und Darstellung neben der (zudem noch unzulänglichen) wissenschaftlichen Forschung unterstreichend. Auf Besonderheiten des Polenbildes in der (west-)deutschen Vertriebenenliteratur wies Dorota Mazurczak (Posen) hin.

Die Tätigkeit des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken“ („Związek Obrony Kresów Zachodnich“) bzw. des „Polnischen Westverbandes“ („Polski Związek Zachodni“) in der Vor- und Nachkriegszeit behandelte Bogusław Polak (Köslin). Wenn der Referent auch Charakter und Vorgehen dieser antideutschen Propagandaorganisation durchaus nicht unkritisch darstellte, so konnten seine Ausführungen dennoch nicht gänzlich überzeugen, weil sie versuchten, sich zur Begründung auf den Begriff des „defensiven Nationalismus“ zu stützen. Gegen diesen hat der Berichtserstatter, ohne daß er damit Unterschiede im Grad der Gefährlichkeit von Staaten, Regimes und Ideologien leugnen wollte, grundsätzliche Vorbehalte, ja er hält ihn geradezu für eine ‚*contradictio in adiecto*‘: Wenn Nationalismus durch die Beschränktheit der Wahrnehmung gekennzeichnet wird, die sich in der Überschätzung der Bedeutung des eigenen Volkes und der Herabminderung der Ansprüche anderer Völker äußert, und wenn er aus dieser Haltung heraus immer zur Aggressivität gegen wirklich oder vermeintlich Schwächere neigt, dann kann er nicht mit einem Attribut wie „defensiv“ belegt werden, das doch etwas Positives, jedenfalls zu Rechtfertigendes beinhaltet.

Daß dieser Vorbehalt keine Frage der nationalen Zugehörigkeit ist, zeigte das unmittelbar anschließende Referat, in dem Janusz Śniadecki (ebenfalls Köslin) am Beispiel Pommerns beschrieb, wie sich die „Westverschiebung“ Polens konkret vollzog. Hier erreichte die Diskussion auch emotionale Intensität, weil Śniadecki deutlich werden ließ, daß der Verzicht auf Ideologie und die Aneignung der geschichtlichen Wahrheit einerseits befreiend, andererseits aber auch belastend und beschämend ist und daß derjenige, der zur vorurteilsfreien Erkenntnis bereit ist, noch den schweren Weg vor sich hat, unter der Mehrzahl seiner Zeitgenossen und Mitbürger ähnliche Einsichten zu verbreiten oder auch nur Verständnis für die eigene Haltung zu finden. Regionalstudien legten auch Ryszard Kaczmarek (Kattowitz) über das Kriegsende in Oberschlesien und Witold Stankowski (Bromberg) über die Aussiedlung der Deutschen aus Pommern in den Jahren 1945–1950 vor. Die ebenfalls ideologiekritischen Ausführungen von Edmund Dmitrów (Warschau) zum Thema der Zwangsaussiedlung der Deutschen in der polnischen öffentlichen Meinung der Jahre 1945–1948 schlossen den dem Vertreibungs geschehen selbst gewid-

meten Teil des Colloquiums ab; dabei schränkte der Referent zwar den Begriff der öffentlichen Meinung unter Hinweis auf die geringen Artikulationsmöglichkeiten der polnischen Nachkriegsgesellschaft ein, ließ aber auch keinen Zweifel daran, daß es gerade in der Frage der Inbesitznahme der Oder-Neiße-Gebiete und ihrer „Entleerung“ von deutscher Bevölkerung eine weitgehende Interessenidentität zwischen Volk und kommunistischem Regime gegeben hat, die ja dann auch wesentlicher Teil der Staatsraison der Volksrepublik Polen fast bis zum Ende ihres Bestehens gewesen ist.

Die Tagung wandte sich dann stärker der Zeit nach Abschluß des eigentlichen Vertreibungsvorgangs zu. Zbigniew Kurcz (Breslau) sprach über die deutsche Minderheit im heutigen Polen, Wolfgang Kessler (Herne) über Entstehung und Entwicklung der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland. Marion Frantziöch-Immenkeppel (Bonn) verdeutlichte nicht nur durch anschauliche soziologische und volkskundliche Informationen die Bedeutung der Vertriebenen für die Herausbildung einer neuen deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit, sondern ließ in der Replik auf kritische Bemerkungen sowohl Kurczs zur Rekrutierungsbasis und -praxis der Gesellschaften der deutschen Minderheit in Polen als auch Kesslers zur politischen Rolle des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften eine starke Identifikation mit regierungsamtlichen Sichtweisen erkennen. Das bereits in ihrem Referat erwähnte Schlagwort „Modernisierungsschub‘ unter konservativen Vorzeichen“ (Christoph Kleßmann) illustrierte dann Rainer Schulze (London/Colchester) am Beispiel Niedersachsens. Sein Beitrag stieß auf besonderes Interesse der polnischen Konferenzteilnehmer, bot er doch nicht nur eine wichtige Ergänzung zur bislang weitgehend auf die Politik und Struktur von Vertriebenenverbänden konzentrierten Historiographie und Publizistik ihres Landes, sondern auch ein anregendes Muster für eigene Regionalstudien über Verlauf und Folgen der riesigen Migrationsbewegungen, von denen das Territorium Vor- und Nachkriegspolens zwischen 1939 und 1949 erfaßt wurde. Den deutschen Zuhörer bestach die nüchterne Konkretheit der Ausführungen, die die großen Schwierigkeiten des Integrationsprozesses ebenso belegten wie das Mißverhältnis zwischen der Geläufigkeit „patriotischer“ Phrasen („Volksgemeinschaft“) und der Realität menschlich-allzumenschlicher Schwächen. Albrecht Lehmann (Hamburg) ergänzte dies – wieder auf allgemeinerer Ebene – durch Betrachtungen über „die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als übergenerationeller Erfahrungsprozeß“ (verständlicher aus dem Polnischen rückübersetzt: „als Prozeß der Weitergabe von Erfahrungen von Generation zu Generation“), die sich auf die Ergebnisse volkskundlicher Befragungen stützten.

Abschließend skizzierte Piotr Madajczyk (Warschau) Probleme und Perspektiven der Erforschung der Aus- und Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen nach 1945, während Arnold Sywottek (Hamburg) diesen Themenbereich in den Zusammenhang der deutsch-polnischen Beziehungen der Nachkriegszeit und deren Historiographie stellte. Madajczyk zufolge gibt es folgende „Hauptthemen“ für die zukünftige Erforschung des Vertreibungsgeschehens:¹ 1. die Geschichte der einzelnen Lager, die z.T. ja nicht nur schon vor 1945 existiert hatten, sondern auch später nicht nur Deutschen zur Leidensstätte wurden; 2. die Verbindungen zwischen dem sogenannten „Szaber“, d.h. dem Beutemacher(un)wesen in den Westgebieten und dem Staatsapparat; 3. den Komplex von „informellen“ Repressalien und Staatsapparat; 4. die Doppelherrschaft von sowjetischen Militärbehörden und polnischen Behörden in den Westgebieten (ein Bereich, dessen Erforschung durch den bislang fehlenden Zugang zu den einschlägigen sowjetischen Archivalien allerdings noch stark behindert wird); 5. das Schicksal der sog. Autochthonen und 6. die politische Situation Polens in der zweiten Hälfte der 40er Jahre und die Machtübernahme durch die Kommunisten.

Kurt Plück, Ministerialdirektor a.D. und Vizepräsident des die Ost-Akademie tragenden Vereins, hatte das Kolloquium mit einem Überblick über die Nachbarschaftsbeziehungen Deutschlands eingeleitet, der gerade dadurch, daß er nicht die Schrecken und Feindseligkeiten der Vergangenheit, sondern die Chance der Versöhnung und Partnerschaft hervorhob, eine günstige Atmosphäre für die weiteren Beratungen schuf. Plücks Intention aufnehmend, aber schon stärker konkretisierend, erläuterte dann Artur Hajnicz die Bedeutung des „Vertreibungskomplexes“ für die deutsch-polnischen Beziehungen und sein eigenes Interesse am Thema. Hajnicz, Journalist und promovierter Jurist, maßgeblich an der außenpolitischen Konzeption der *Solidarność* und der Regierung Mazowiecki beteiligt, leitet seit 1989 das Zentrum für Internationale Studien, das – im politischen Untergrund der 80er Jahre wurzelnd – zunächst beim Senat der Republik Polen angesiedelt war und infolge des Wahlsiegs der Postkommunisten seit 1995 im Rahmen der Polnischen Robert-Schuman-Stiftung fortgeführt wird, deren Hauptziel die Aufnahme Polens in die Europäische Union ist, wobei sie sich die deutsch-französische Aussöhnung der 50er

¹ Der Berichterstatter verbindet hier seine Mitschrift des Vortrags mit dessen jetzt erschienener Druckfassung: Piotr Madajczyk, Die Aus- und Umsiedlung der Deutschen aus Polen nach 1945 – historisch-politische Probleme und Forschungsperspektiven, in: Deutsche Studien 32 (1995), H. 126/127, S. 235-241, hier S. 238. Das Heft enthält die Mehrzahl der Konferenzbeiträge.

Jahre zum Vorbild nimmt.² Das Zentrum für Internationale Studien hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die dem Problem der Vertreibung gewidmet ist und als erstes Ergebnis ein Sonderheft der Zeitschrift „Polen in Europa“ unter dem Titel „Polen und Deutschland – der Vertreibungskomplex. Anknüpfung eines Dialogs“ vorgelegt hat.³ Schon früh wurde die Zusammenarbeit mit der Ost-Akademie ins Auge gefaßt, und auf das Lüneburger Seminar, über das hier berichtet wird, folgte ein am 15. und 16. Januar 1996 in Warschau durchgeführtes, dessen Thema „Die Vertreibung der Polen und der Deutschen als zusammenhängende Erscheinungen (in der polnischen Formulierung: „jako procesy współzależne i zbieżne“ – als voneinander abhängende und konvergente Probleme; H.-D. v.E.) – Ähnlichkeiten und Unterschiede 1939–1949“ bereits wieder einen ebenso deutlichen wie erstaunlichen Schritt vorwärts erkennen läßt.

Hajnicz zufolge ermöglichte erst die „große Wende“ von 1989/90 eine offene Diskussion der Vertreibungsfrage, macht sie nun aber auch dringend erforderlich; es handle sich um eine „empfindliche Lücke“ im Prozeß der deutsch-polnischen Versöhnung, die geschlossen werden müsse, damit das öffentliche Bewußtsein nicht der Politik hinterherhinke und diese letztlich konterkarriere. Den engen sachlichen Zusammenhang des Themas mit der Formulierung einer neuen polnischen West- und Deutschlandpolitik umriß der Vortragende in aufschlußreicher Weise. Solidarność habe gemäß dem Danziger Abkommen von 1980 zwar nicht zu internationalen Fragen Stellung nehmen dürfen; aber gerade die Ausrufung des Kriegsrechts habe eine neue außenpolitische Konzeption erzwungen. Aus der Verzweiflung über die scheinbar ausweglose Situation sei der Mut zu neuem Denken erwachsen. Während die Fortsetzung der Entspannungspolitik – trotz all ihrer positiven Aspekte – die Zweiteilung Europas zementiert habe, sei die polnische Opposition zur Einsicht gelangt, es gebe für Polen „keinen Ausgang aus dem Käfig“, kein Abschütteln des Satellitenstatus und der „sowjetischen Einkreisung“, solange nicht die Mauer gefallen und die DDR beseitigt sei. Die Vereinigung Deutschlands und die Befreiung Polens hätten sich gegenseitig bedingt; während das Vereinigungsgebot des Grundgesetzes jedoch eine zeitlich

² Vgl. Polskie Spotkania Europejskie 1995. Materiały z II Polskich Spotkań Europejskich 6–7 maja 1995 r. (Polnische Europäische Begegnungen 1995. Materialien der II. Polnischen Europäischen Begegnungen, 6.–7. Mai 1995), hrsg. mit Unterstützung der Polnischen Robert-Schuman-Stiftung, Warszawa 1995, bes. S. 101 ff. Vorsitzender des Stiftungsrates ist Altpremier Tadeusz Mazowiecki.

³ Polska w Europie. Zeszyt specjalny: Polska-Niemcy – kompleks wypędzenia. Nawiązanie dialogu. Warszawa 1995.

unbestimmte Perspektive gehabt habe, habe es sich für Polen um ein Problem der Tagespolitik gehandelt.

Schon 1983 habe Solidarność der Bundesregierung die Formel signalisiert „Die Deutsche Frage ist offen, die Frage der Grenzen abgeschlossen“ („Sprawa niemiecka odwarta, sprawa granic zamknięta“). Alois Mertes, seinerzeit Staatssekretär im Auswärtigen Amt, habe ihm (Hajnicz) jedoch geantwortet: „Es ist interessant, aber es geht nicht.“ Zweifellos waren damit nicht nur Vorbehalte angesichts der fortwährenden Blockkonfrontation gemeint. Die Offerte der polnischen Opposition schien vielmehr auch dem deutschen *Rechtsstandpunkt* (ein Begriff, den Hajnicz auch in polnischer Rede als deutsches Fremdwort verwendet) zu widersprechen, der eine friedensvertragliche Regelung der Grenzfrage verlangt habe (zu der es dann doch nicht gekommen ist!).

Die im deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 ausgesprochene endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze schließt aber ein, daß diese als Ergebnis der Abtrennung früheren deutschen Staatsgebiets, der Westverschiebung Polens und der zwangsweisen Aussiedlung der überwiegenden Mehrzahl der einstigen deutschen Bevölkerung betrachtet wird. Gerade deshalb kann und muß jetzt offen über das Zustandekommen dieser Grenze und das Vertreibungsgeschehen gesprochen werden. Hajnicz skizzierte Grundsätze des Dialogs, den er dringend wünscht, aber auch an gewisse Regeln gebunden sieht: So wie Polen auf die Ideologie der „wiedergewonnenen piastischen Gebiete“ und die Verharmlosung der Vertreibung verzichten müsse, so dürfe von deutscher Seite nicht nur den Polen die gesamte Verantwortung hierfür angelastet werden. Vielmehr sei die Westverschiebung Polens ein „Resultat des *ganzen* Zweiten Weltkriegs auf seinem europäischen Schauplatz“, und Polen selbst Objekt und nicht Subjekt dieses Vorgangs: „Es war nicht der Wille der Polen und geschah nicht auf polnische Initiative, daß das Territorium des polnischen Staates nicht wieder in seiner Vorkriegsgestalt restituiert wurde.“ (S. 126)⁴ Ein Erwerb früherer deutscher Gebiete durch Polen ohne Aussiedlung der Bevölkerung hätte aber keinen Sinn gemacht, wie gerade auch von den Westalliierten anerkannt worden sei; seit dem Münchener Abkommen, das im Namen der ethnischen Reinheit die friedliche und demokratische Tschechoslowakische Republik zerschlagen habe, sei eine Rückkehr zu Nationalitätenstaaten nicht mehr möglich gewesen und – so

⁴ Die Seitenzahl bezieht sich – wie die im Text folgenden – auf den Beitrag von Artur Hajnicz, Der Dialog – Grundsätze, Befürchtungen, Erwartungen, in: Deutsche Studien 32 (1995), H. 126/127, S. 117-136. Es handelt sich um eine Übersetzung aus dem in Anm. 3 genannten Heft. Der Aufsatz ist im wesentlichen, aber nicht im Wortlaut identisch mit Hajniczs Lüneburger Vortrag.

darf ergänzt werden – für Polen vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit den Deutschen ganz gewiß nicht.

Die deutsche Forschung und Diskussion müsse lernen, die (in Jalta vorbereitete, in Potsdam gefällte) *Entscheidung* zur Vertreibung von deren *Ausführung* zu unterscheiden und zudem den Vorgang stärker in den Gesamtzusammenhang des Kriegsverlaufs und der Nachkriegszeit zu stellen. Trotz der unbestreitbaren Brutalität der Vertreibung könne sie nicht kategorisch als „Verbrechen“ bezeichnet werden, weil dies weder der historischen Situation noch den politisch Verantwortlichen gerecht werde. Den bekannten Satz Jan Józef Lipskis, „Ein Übel ist ein Übel und kein Gutes, auch wenn es ein geringeres und unvermeidbares Übel ist“ („Zło jest złem, a nie dobrem, nawet gdy jest mniejszym i niemożliwym do uniknięcia złem“)⁵, akzentuiert Hajnicz, indem er die Unvermeidbarkeit der Vertreibung betont. Hinter diese Position zurückzugehen, sei für Polen unmöglich. Andererseits falle Polen die Verantwortung für die Art und Weise der Durchführung zu, der es sich stellen müsse; von einem „martyriologischen“ Patriotismus, der Polen immer nur als Opfer sehe, müsse Abschied genommen werden. Auch deutscherseits müsse allerdings der Versuchung widerstanden werden, „einen beträchtlichen Teil der Verantwortung von sich zu schieben und dem Partner anzulasten. Dieses Problem wird uns zweifellos in der Diskussion begleiten. Sinn und unabdingbare Voraussetzung für den begonnenen Dialog sollte der Wunsch sein, sich selbst zu vervollkommen und das historisch-psychologische Selbstbild zu revidieren“ (S. 135).

Horst-Dieter von Enzberg, Lüneburg

⁵ Aus dessen bahnbrechendem Aufsatz *Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy* (Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen), in: *Kultura* (1981), Nr. 409/410, deutsch in: *Kontinent* (1982), Nr. 22, S. 7-48. Hier zit. nach Maria Podlasek, *Wypędzenie Niemców w świadomości Polaków* (Die Vertreibung der Deutschen im Bewußtsein der Polen), in: *Polska w Europie* (wie Anm. 3), S. 79-97, hier S. 96. In den *Deutschen Studien* 32 (1995), H. 126/127, finden sich auf S. 131 und 292 unterschiedliche Übersetzungen des Satzes; sicher ist es aber nur ein Druckfehler, wenn an der erstgenannten Stelle „geringes“ statt „geringeres“ steht.

Internationale Tagungen im Jahr der Gedenktage

Die Wiederkehr des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges wurde – wie zu erwarten stand – dazu genutzt, in verstärktem Maße über die Vergangenheit zu sprechen. Diesmal störten jedoch in der Diskussion keine Grenzen mehr. Die Ereignisse der vergangenen sechs Jahre haben dazu geführt, daß man eine wissenschaftliche Diskussion unter westeuropäischen Historikern beobachten kann, bei der zusammen mit Wissenschaftlern aus Osteuropa weiße Flecken der Geschichte entdeckt werden.

In Polen etwa konnte man bei vielen Symposien und Tagungen eine neue Interpretation des 8. Mai 1945 erkennen, in der Bundesrepublik wurde für das Thema Vertreibung wieder öffentliches Interesse geweckt. In den osteuropäischen Ländern war dieser Teil der Geschichte lange Zeit tabuisiert, und erst jetzt wurden die Ergebnisse neuer Forschungen vorgestellt. Hinzu kommt, daß die internationalen Beziehungen so entspannt sind, daß ein offener, vorbehaltloser Meinungs austausch stattfinden kann, ohne alte Gespenster zu neuem Leben zu erwecken. Das Ziel bleibt eine bessere Verständigung; sie auf diesem Gebiet zu erreichen, ist allerdings, wie noch zu zeigen sein wird, nicht immer möglich.

Als Gast oder Referentin nahm ich an vier internationalen Tagungen und Seminaren teil: vom 8. bis 11. Mai in Lüneburg zum Thema „Die Vertriebenen in Niedersachsen. Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und ihre Integration nach dem Zweiten Weltkrieg“ (Ost-Akademie, Lüneburg); am 24. Mai in Breslau: „Das Jahr 1945. Ende des Zweiten Weltkrieges. Befreiung vom Nationalsozialismus. Beginn des Kommunismus. Vertreibungen“ (Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bonn); vom 9. bis 11. Juni in Lübeck-Travemünde: „50 Jahre danach. Flucht, Vertreibung, Aussiedlung. Vom Auseinander zum Miteinander“ (Ostsee-Akademie, Lübeck-Travemünde) und vom 10. bis 13. Juli in Annaberg/Buchholz: „50 Jahre nach Flucht und Vertreibung der Deutschen – ein nicht aufgearbeitetes Thema der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte“ (Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Rheinland-Pfalz).

Obwohl während des ganzen Jahres 1995 weitere Veranstaltungen sowohl in Deutschland als auch in Polen stattfanden, halte ich die eben erwähnten für charakteristisch, geben sie doch ein klares Bild über den derzeitigen Forschungsstand und bieten Antworten auf die Frage, ob man wirklich auf dem Weg zum 'Miteinander' ist.

Die Möglichkeit, Referenten praktisch aus ganz Südost- und Osteuropa einzuladen, belegt nochmals deutlich die neuen Verbindungen im wissenschaftlichen und Hochschulbereich. Diese Kontakte führen auch zur

Genese einer Gruppe junger Wissenschaftler, denen die Thematik „Vertreibungen“ im europäischen Rahmen, d.h. nicht ausschließlich die Vertreibung der Deutschen, am Herzen liegt. Wie aktuell die Thematik in der europäischen Geschichte weiterhin ist, beweisen fast täglich aufs Neue die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien.

Die Tagungen standen unter derselben Thematik, unterschieden sich allerdings in ihrem Publikum und Charakter. Im folgenden sollen vor allem die aus polnischer Sicht interessantesten Probleme dargestellt werden.

In Lüneburg, Breslau und Lübeck-Travemünde zeigte sich deutlich, wie heftig die Diskussion um die Begrifflichkeit weiterhin geführt wird. Es besteht in der polnischen Historiographie noch kein Einvernehmen darüber, ob man den deutschen Begriff „Vertreibung“ (poln.: „wypędzenie“) benutzen sollte. Einerseits wird die terminologische Frage als sekundär eingeschätzt, andererseits gibt es Stimmen, die in der Benutzung des Begriffs den (negativen) Einfluß der deutschen Vertriebenen zu erkennen glauben. Diese Diskussion ist für deutsche Teilnehmer oft kaum verständlich, was nicht an der unzureichenden Sprachkenntnis auf beiden Seiten liegt. In der Bundesrepublik existiert das Vokabular „Vertreibung – Vertriebene“ spätestens seit 1949, es hat seinen Platz im Rechtssystem und in der Sprache der Politik. In Polen – und oft auch in anderen postkommunistischen Ländern – fungieren diese Termini als ein Symbol des Konfliktes mit Deutschland und der antideutschen Propaganda. Deshalb gehören die terminologischen Diskussionen der polnischen Referenten zum Ablauf jeder Tagung. Eine Lösung ist derzeit nicht in Sicht. Polnische Autoren bevorzugen es, von „Übersiedlung“ zu sprechen, und vermeiden den Begriff „Vertreibung“. Die Gründe für dieses Verhalten erklärte u.a. Krystyna Kersten in Lübeck-Travemünde. In ihrem Referat „Aus- und Umsiedlung als Instrument der Politik in Europa im 20. Jahrhundert. Das Beispiel Polen“ stellte sie die unterschiedliche Lage der polnischen und deutschen Übersiedler/Vertriebenen dar. Obwohl die Lage der vertriebenen Bevölkerung durchaus ähnlich war, entstanden in Polen weder Vertriebenenorganisationen noch existierte ein „Bewußtsein der Vertreibung“. Die Ähnlichkeit der „zwangsweisen Aussiedlung“ (diesen Begriff benutzte Kersten anstelle des deutschen „Vertreibung“) von Polen und Deutschen zeigt, wie sehr diese Vorgänge als Instrumente europäischer Politik in unserem Jahrhundert anzusehen sind.

In Lübeck-Travemünde wurden auch andere Vertreibungsgebiete berücksichtigt. Hans Lemberg, Marburg, sprach über „Die ‚ethnisch reine Nation‘ als Voraussetzung für Flucht und Vertreibung“, Jaroslav Kučera, Prag, über die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen, Rainer Erb, Potsdam, über die Vertreibung und Ermordung der Juden. Histori-

ker aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion stellten Vertreibung und Migration in den baltischen Staaten, in Weißrußland und der Ukraine sowie das Schicksal der „Ostarbeiter“ aus Rußland dar. Günter Tontsch, Hamburg, referierte am Ende der Tagung über „Kollektive Minderheitenrechte als Schutz vor Flucht und Vertreibung“. Die erwähnten Referate zeigen die Vielfalt der Tagung in Lübeck-Travemünde und das Bestreben der Organisatoren, die Thematik der Vertreibung in möglichst vielen Facetten darzustellen. Die Aufsätze zur internationalen Lage, der „ethnisch reinen Nation“ und der Aussiedlung als Instrument der Politik bildeten den Hintergrund für konkrete Fallstudien aus Mittel- und Osteuropa. Viele Referenten (u.a. aus Polen, der Ukraine und dem Kaliningrader Gebiet) sahen eine zukünftige Lösung in einem internationalen Minderheitenschutz. Auffallend dabei war, daß praktisch alle Vertreter aus den östlichen Staaten die Minderheitengesetzgebung im eigenen Land sehr hoch einschätzten, was von Vertretern der jeweiligen Minderheit nicht unbedingt genauso gesehen wurde. So beurteilte beispielsweise Tontsch die Lage in Polen durchaus negativ, weil „die Verfassung die Minderheitenrechte“ ignoriere. Allerdings sei hinzugefügt, daß die Arbeiten an der neuen Verfassung noch nicht abgeschlossen sind; wie die Minderheiten warten auch andere Gruppen polnischer Staatsbürger auf die endgültigen Formulierungen.

Während des Colloquiums zeichnete sich ein klarer Schwerpunkt im Bereich der ehemaligen Sowjetunion, der dort lebenden Minderheiten, den dort durchgeführten Verschleppungen und Deportationen ab. Eher am Rande wurde über die deutsch-tschechischen und die deutsch-polnischen Beziehungen diskutiert. So paradox es klingt: Es ist dies ein gutes Zeichen, zeigt sich doch hierin die Normalisierung der Lage. Fragen an die Referenten blieben in Lübeck-Travemünde meist aus, was auf das Tempo der Abfolge der Referate und auf die Fülle von Informationen zurückzuführen sein dürfte.

Ausschließlich dem deutsch-polnischen Verhältnis war die Veranstaltung in Lüneburg gewidmet. Polnische und deutsche Referenten zeichneten ein Bild der Vertreibung und der Vertriebenen. Regionalgeschichtliche Forschungen fanden große Aufmerksamkeit: Niedersachsen für die deutsche, Oberschlesien und Pommern für die polnische Seite. Einer der Teilnehmer, Piotr Madajczyk aus Warschau, schlug vor, den Begriff „Vertreibung“ als moralisch, aber nicht historisch begründet zu betrachten. Sein Kollege Artur Hajnicz, ebenfalls Warschau, betrachtete dagegen die terminologische Diskussion als zweitrangig.

In Lüneburg ging es auch um die Übersiedlung der polnischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg (Adalbert Lewandowski, Lüneburg).

Das entspricht dem in letzter Zeit immer häufiger feststellbaren Trend, die Vertreibungsproblematik der Deutschen mit der Übersiedlung der Polen zu verbinden. Die Versuche, das Schicksal der beiden Bevölkerungsgruppen zu vergleichen, führt jedoch sehr oft – vor allem, wenn das Publikum aus vertriebenen Deutschen und Polen besteht – zu einer gegenseitigen Aufrechnung, die jede Verständigung unmöglich macht. Wie Philipp von Bismarck in Lübeck-Travemünde betonte, handelt es sich hierbei um eine „Psychopathologie“ der Völker; man solle nicht erwarten, daß man schnell lerne, miteinander zu sprechen.

Die Konferenz in Lüneburg wurde von der Ost-Akademie vorbereitet, die dabei mit dem Zentrum für internationale Studien in Warschau zusammenarbeitete (s. auch die Publikation „Polen in Europa. Polen und Deutschland – der Vertreibungskomplex. Anknüpfung eines Dialogs“). Das Projekt „Vertreibungskomplex“ wurde von beiden Einrichtungen gemeinsam betreut. Der Leiter der polnischen Seite, Artur Hajnicz, referierte in Lüneburg über die „Bedeutung des Themas Vertreibung für die deutsch-polnischen Beziehungen“. Eine andere Gruppe, die sich mit der Thematik beschäftigt, wird u.a. in Polen von Włodzimierz Borodziej, in Deutschland von Hans Lemberg geleitet (beide waren Teilnehmer in Lübeck-Travemünde). Es ist geplant, eine Dokumentation über die Vertreibung zu erstellen, in die auch bisher unbekannte polnische Dokumente eingehen werden. So stellen die Seminare in Lüneburg und Lübeck-Travemünde auch Ergebnisse darüber hinausgehender Zusammenarbeit dar.

Auch Vertreter des Bundesinnenministeriums nahmen an den Veranstaltungen teil. Marion Frantziach-Immenkeppel referierte in Lüneburg über die Integration der Vertriebenen. Dieses Thema ist bei deutschen Wissenschaftlern in den letzten 20 Jahren – vor allem bei Soziologen und Ethnologen – populärer geworden als die Tätigkeit der Vertriebenenorganisationen. Forschungsergebnisse wurden u.a. von Albrecht Lehmann vorgestellt. Er vertrat die Meinung, daß die Vertriebenenorganisationen (zu diesen referierte Wolfgang Kessler, Herne) für die deutschen Nachwuchswissenschaftler von relativ geringem Forschungsinteresse seien, denn sie würden als wenig bedeutsame Gruppe der deutschen Gesellschaft betrachtet.

Vice versa bedeutet dies, daß der Bund der Vertriebenen in Polen überschätzt wird. Man schreibt diesem Verband eine zu große Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen zu. Diese These wurde von Frantziach-Immenkeppel mit dem Argument abgelehnt, daß die Vertriebenenorganisationen die zweitgrößte Organisation der Bundesrepublik seien. Daraus ergibt sich nun die Frage, worauf denn dann das mangelnde Interesse in Deutschland zurückzuführen ist: Wird der BdV vielleicht in der Bundesrepublik unterschätzt?

In Lüneburg gab es auch Vorträge über Flucht und Vertreibung sowie das Bild der Polen in der deutschen Belletristik. Als Ergänzung stellte Edmund Dmitrów die Ergebnisse seiner Forschungen zu den Zwangsausiedlungen in der polnischen öffentlichen Meinung vor.

Vertriebene und Vertreibung bedeuten für manche Polen und Deutsche ein 'trockenes', für viele aber auch ein 'heißes' Thema. Die Teilnehmer der hier erwähnten Tagungen zählen zur zweiten Gruppe, doch die Mehrheit in beiden Ländern betrachtet die Vertreibung als abgeschlossenes Kapitel. Das Problem besteht also darin, die Ergebnisse der Forschung und der Diskussion weiter zu verbreiten.

Unter diesem Aspekt wurden die beiden jetzt vorzustellenden Veranstaltungen geplant. Im Mai 1995 fand das eintägige Symposium „Das Jahr 1945“ in Breslau statt. Organisiert wurde die Tagung von der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat (OKR), die in Polen vor allem durch ihre kulturelle Tätigkeit im Bereich der Denkmalpflege bekannt ist. Nicht unwichtig ist auch, daß der Präsident der Stiftung, Herbert Hupka, noch heute in Polen auf den Straßen erkannt wird. Lange Zeit spielte er in der polnischen Propaganda die Rolle des „Polenfressers“, und noch heute wird fast jeder seiner Besuche in Breslau, Ratibor oder Allenstein von Journalisten notiert und kommentiert. Das vom OKR organisierte Symposium hat auch in den niederschlesischen Medien seinen Niederschlag gefunden, allerdings nicht wegen seiner wissenschaftlichen Bedeutung. Vier Referenten, zwei aus Polen, zwei aus Deutschland, wurden zu den Veranstaltungen eingeladen, die sowohl in Polen als auch in Deutschland stattfanden und dasselbe Thema jeweils von einem deutschen und polnischen Autor behandeln ließen. Diese Form wurde bereits bei Themen wie der Denkmalpflege oder der deutsch-polnischen Vergangenheit der heute polnischen Gebiete erprobt. Diesmal jedoch handelte es sich bei dem Thema um ein heißeres Eisen, und für das überwiegend polnische Publikum – es war, wie gesagt, kein rein wissenschaftliches Treffen – war schon die Anwesenheit von Hupka sehr umstritten. Folgende Referate wurden vorgelesen: Klaus Hornung: „Zwei totalitäre Diktaturen in Deutschland“, Rüdiger Goldmann: „Flucht und Vertreibung“, Władysław Misiak: „Soziologische Aspekte der Vertreibung“. Das Referat von Wiesław Bokajło: „Befreiung von der Diktatur des Nationalsozialismus. Beginn der Diktatur des Kommunismus“ mußte leider ausfallen.

Es ist schwer zu sagen, welche Absicht die Organisatoren mit der Tagung verfolgten. Für eine wissenschaftliche Diskussion war auf jeden Fall zu wenig Zeit vorhanden, so daß sich dazu praktisch keine Gelegenheit ergab. Durch den Ausfall des Referates zur kommunistischen Herrschaft war zudem eine Auseinandersetzung mit den Thesen von Hornung kaum

möglich. Die größten Kontroversen entstanden um den Beitrag von Goldmann. Leider berücksichtigte der Referent die neueren Ergebnisse der polnischen Forschung nicht und wußte, wie man sofort bemerken konnte, wenig über die aktuelle Entwicklung der Diskussion um die Vertreibung in Polen. Auch die Hauptthese Hornungs, die in einer praktischen Gleichstellung von Faschismus und Kommunismus bestand, fand wenig Unterstützung im Publikum. Die von Hornung präsentierte Linie, die in Deutschland, aber auch unter polnischen Historikern durch den Historikerstreit bekannt wurde, ist typisch für die Vertriebenenverbände. Sie gipfelt in der Feststellung, Völkermord und Vertreibung als Ergebnis zweier totalitärer Diktaturen anzusehen. Diese Gleichsetzung ist für viele der polnischen Diskussionsteilnehmer aber ebensowenig akzeptabel wie die Behauptung, Polen habe in Potsdam die Rolle der Vertreibungsmacht gespielt. Im Gegensatz dazu gab sich Artur Hajnicz bei der Lüneburger Veranstaltung Mühe, die polnische Sichtweise zu verdeutlichen, nämlich, daß Polen selbst ein Objekt der territorialen Änderungen gewesen sei und nicht einer der Akteure. Diese Meinung fand auch im Plenum in Breslau eine klare Mehrheit. Anwesende Polen der älteren Generation konnten zudem nicht begreifen, daß man offiziell in einer polnischen Stadt eine Tagung des *Ostdeutschen* Kulturrats organisierte: Ostdeutschland, um einen der Diskutanten zu zitieren, damit sei doch auch Breslau gemeint. So kam es während des Symposiums zu einer Aufrechnung, die nirgendwohin führte; das hätte den Organisatoren durchaus bewußt sein können. Eben weil es im Bewußtsein der polnischen Bevölkerung derzeit zu gewaltigen Veränderungen kommt, sollte man nicht Thesen aus einer Zeit wiederholen, zu der die deutsch-polnischen Beziehungen angespannt waren. Goldmann betonte, daß er gerne mehr über Polen und die polnische Vertriebenenforschung wissen möchte, was aber auch ein Sprachproblem darstelle – ein von Klaus Zernack für deutsche Forschungen zu Ostdeutschland seit langem angemahntes Defizit.¹ Wäre es für Historiker, die sich mit der deutsch-französischen Grenzregion beschäftigen, denkbar, kein Französisch zu können?

Die Sprachbarriere erschwerte die Verständigung nicht nur in Breslau (keine Simultanübersetzung), sondern auch in Lübeck-Travemünde, weil die eingesetzten Dolmetscher rasch überfordert waren. Generell ist festzustellen, daß das Tagungsprogramm nicht eingehalten wurde: Undisziplinierte Referenten, die weit über den zugestandenen Zeitrahmen hinaus-

¹ Klaus Zernack, Pojęcie historyczne „Niemcy Wschodnie“ (Der historische Begriff „Ostdeutschland“), in: *Przegląd Zachodni* (1993), Nr. 4, S. 67.

gingen, höfliche Veranstalter, die nicht oder zu spät eingriffen: Manche Referate dauerten bis spät in die Nacht.

Die letzte Tagung war von der Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht Rheinland-Pfalz für Lehrkräfte organisiert. Über Flucht und Vertreibung referierte diesmal Joachim Rogall, Mainz; Jörg Bernhard Bilke, Bonn, sprach über die „Tabuisierung der Vertreibungsgeschichte in der Staatsideologie der DDR. Die Aufarbeitung in der DDR-Belletristik“ und über die „Informationsdefizite in den neuen Bundesländern und in Westdeutschland“. Die Autorin dieses Beitrags referierte zum Thema „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus polnischer Sicht“, Jiří Krěn aus Prag zur tschechischen Sichtweise. Ziel war, die deutschen Pädagogen über den Stand der Forschungen in Polen, Tschechien und Deutschland umfassend zu informieren. Ein ausführlicher Meinungsaustausch wurde nur dadurch behindert, daß alle Referenten die Tagung nach ihrem Vortrag relativ rasch verlassen mußten. Die meisten der Teilnehmer gehörten selbst der Vertriebenen-Generation an, jüngere Lehrer waren nur sehr wenige vertreten. Bedeutet das, daß Vertreibung und Vertriebene für die junge deutsche Generation kein Thema mehr darstellen?

Die Referate und Diskussionen haben klar gezeigt, daß das Thema Vertreibung große Bedeutung für die Beziehungen der östlichen Nachbarn zu Deutschland besitzt. Vielleicht spielen diese Treffen schon die Rolle der von Philipp von Bismarck vorgeschlagenen „Psychotherapie“, sicherlich regen sie die Forschung an und zeigen, wieviel noch erreicht werden kann. Vergleicht man beispielsweise den polnischen Stand des Meinungsaustausches mit Deutschen bzw. Ukrainern, erkennt man, wieviel Zeit nötig ist, schmerzhaft gemeinsame Vergangenheit zu bewältigen.

Persönlich würde ich die Meinung des Leiters der Ostsee-Akademie, Dietmar Albrecht, teilen, der im Programm zur Tagung in Lübeck-Travemünde schrieb: „Flucht und Vertreibung in der Mitte und im Osten Europas am Ende des Zweiten Weltkrieges entziehen sich noch immer dem geschichtlichen Urteil.“ Die Ergebnisse der Veranstaltungen lassen eine Erweiterung dieses Gedankens angebracht erscheinen: Die Thematik hat nicht nur wissenschaftliche, sondern auch moralische und politische Bedeutung. Die Entstehung deutsch-polnischer institutioneller Zusammenarbeit birgt die Hoffnung, daß die „weißen Flecken“ in absehbarer Zeit verschwinden werden. Zugleich sollte man die Entstehung neuer „weißer Flecken“ verhindern, wie etwa eine wissenschaftliche Vernachlässigung der Vertriebenenorganisationen im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik.

Beata Ociepka, Breslau

Ein Überblick über die Konferenz „Ostpreußen – 50 Jahre nach Potsdam“ vom 18.–19. September 1995 in Mierki bei Olsztyn

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind in der Historiographie Mittel- und Osteuropas neue Themen aufgetaucht, die immer wieder das Interesse von Forschern verschiedener Fachrichtungen auf sich gezogen haben. Eines dieser Themen ist die Nachkriegsgeschichte des ehemaligen Ostpreußen. Die Erforschung solcher ziemlich neuer oder „wiedergefundener“ Themen ermöglicht aber nicht nur die Politik, denn im letzten Jahrzehnt änderte sich auch das Verständnis der Geschichte Preußens und seiner Teile im 20. Jahrhundert. Diese neue Bewertung läßt sich am deutlichsten in polnischen, litauischen, russischen und deutschen Arbeiten erkennen. Beispielsweise wird heute in Polen schon mit Ironie über die „wiedergewonnenen Gebiete“ gesprochen, die Russen haben aufgehört zu glauben, daß die Geschichte des Kaliningrader Gebiets erst nach 1945 beginnt, und in Litauen wird die Rolle des deutschen kulturellen Elements in der Geschichte des Memelgebietes nicht mehr in Abrede gestellt. Die eben skizzierte neue Einstellung gegenüber der ostpreußischen Geschichte war auch auf der vom Kętrzyński-Institut in Olsztyn ermöglichten Konferenz zur Nachkriegsgeschichte des Kaliningrader Gebietes vorzufinden.

Zunächst sollte das gut durchdachte Konzept der Konferenz erwähnt werden. Wojciech Wrzesiński (Universität Wrocław) legte die Position der Großmächte (Vereinigte Staaten, UdSSR, England, Frankreich) und Polens zur Zukunft Ostpreußens in den Jahren 1939 bis 1945 dar. Edmund Wojnowski (Olsztyn) und Valerij Gal'cov (Kaliningrad) setzten die Geschichte der ostpreußischen Gebiete im Bestand der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion (Russische Föderation) fort. Zu diesem Block der Vorträge gehörte auch der Bericht von Bogdan Koziełło Poklewski (Olsztyn), der die zivilisatorischen Erfolge in den beiden Teilen Ostpreußens nach dem Zweiten Weltkrieg schilderte. Zur Vollendung des Konzeptes fehlte nur ein Referat über die Situation im Memelgebiet zwischen 1945 und 1991; allerdings war es nicht der Fehler der Veranstalter, daß dieser Vortrag nicht gehalten werden konnte. Leider konnte der Rektor der Universität Klaipėda, Stasys Vaitekūnas, der für den Vortrag vorgesehen war, wegen kurzfristiger anderweitiger Verpflichtungen nicht an der Konferenz teilnehmen. Aus dem Themenkomplex besonders hervorzuheben ist das Referat von Wrzesiński, in dem neben der Position der Großmächte große Aufmerksamkeit auf die Pläne zur Nachkriegsteilung Ostpreußens innerhalb der polnischen Diplomatie gerichtet wurde. Es ist offensichtlich,

daß ein Teil dieser Pläne verwirklicht wurde: Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt Polen zwar Teile Preußens, wurde aber zugleich in den Ostblock eingegliedert und war bis zu den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit de facto ein Satellit der UdSSR.

Interessant war auch das Referat des Kaliningrader Historikers Gal'cov, in dem sich deutlich die Lage der historischen Forschungen an der Universität Kaliningrad widerspiegelte. Für mich persönlich war der Umgang des Kaliningrader Historikers mit der jüngeren Vergangenheit des Gebietes besonders wichtig. Gal'cov versuchte relativ objektiv die Vergangenheit des Gebietes darzustellen, wobei er die Arbeiten deutscher Historiker und Archivadokumente verwendete. An manchen Stellen des Vortrages war eine eigentümliche Hemmschwelle hinsichtlich dessen spürbar, was im Kaliningrader Gebiet nach dem Zweiten Weltkrieg geschehen war. Beispielsweise begründete der Autor die Vertreibung der Deutschen aus den Rußland zugefallenen Teilen Ostpreußens mit dem Beginn des Kalten Krieges und dem aufkommenden Partisanenkampf in Litauen! Auf interessante Weise erklärte der Autor auch die Zerstörung des kulturellen Erbes vor allem auf dem Lande. Nach Gal'cov führte die Konkurrenz der einzelnen Bauern zum Kolchossystem zur Annahme des Entschlusses, keine Häuser in den Dörfern zu renovieren, was seinerseits zu der so bedauernswerten derzeitigen Situation auf dem Lande (bezogen auf die Rettung kulturellen Erbes) geführt habe. Freilich: Die eben erwähnten Details spiegeln nur ungenügend den wenigstens von einigen Kaliningrader Historikern unternommenen Sprung wider, der sich im Abrücken von der Behauptung, Preußen sei alter russischer 'Mutterboden', und im Annähern an eine objektive Erforschung der Regionalgeschichte zeigt.

Der zweite Teil der Vorträge war der neuesten Geschichte, vor allem der des Kaliningrader Gebietes gewidmet. Jerzy Bahr (Warszawa), ehemals der erste Konsul der Polnischen Republik in Kaliningrad, gab einen Überblick über die polnische Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet, Stanislaw Kargopolov sprach über das Kaliningrader Gebiet als Teil der russischen Föderation und dessen Status aus völkerrechtlicher Sicht, Dieter Bingen (Köln) und Alvydas Nikžentaitis (Klaipėda) zeigten Perspektiven der Zukunft des Gebietes aus gesamteuropäischer und litauischer Sicht auf. Andrzej Sakson (Poznań) berührte das besonders bedeutsame Problem einer Identitätsfindung der heutigen Bewohner Ostpreußens.

Erwähnenswert bleibt die ruhige und sachliche Art der Referate und der Diskussion zu diesem Block, aus dem nur der kontroverse Beitrag von Kargopolov ein wenig herausfiel, in dem gewisse Zweifel an der rechtmäßigen Abhängigkeit des Kaliningrader Gebietes von der Russischen Föderation geäußert wurden.

Die gesamte Arbeit der Konferenz stellte Wrzesiński in einen größeren Kontext. Mit dem Hinweis, daß sich an der Konferenz eine nicht geringe Zahl von polnischen und russischen Diplomaten beteiligten, eröffneten der Wojewode von Olsztyn, Janusz Lorenz, und der Direktor des Kętrzyński-Institutes, Stanisław Achremczyk, die Konferenz, von der auch ein vollständiger, offizieller Bericht erscheinen soll.

Aus meiner Sicht sei noch angemerkt, daß die Konferenz in ihrer Gesamtheit ein Erfolg war. Sie zeigte, daß es bei der Untersuchung der jüngsten Vergangenheit und der gegenwärtigen Probleme des Kaliningrader Gebietes keine zwischenstaatlichen Grenzen gibt, sondern daß eine sachliche Erforschung der existierenden Probleme vorherrscht. Deswegen haben die Überlegungen der Organisatoren Bedeutung, auch in Zukunft ähnliche Zusammenkünfte zu veranstalten.

Alvydas Nikžentaitis, Klaipėda

**Heimat und Identität.
Selbstbewußtsein und Miteinander in der Ostseeregion.
Internationales Colloquium in der Ostsee-Akademie,
27.–29. Oktober 1995**

„Heimat“ gehört zu den Begriffen, die seit etlichen Jahren eine ungebrochene Konjunktur haben. An ihr scheiden sich die Geister: Für die einen Inbegriff von Rückständigkeit und Rückwärtsgeandtheit als Sinnbild für eine völkisch verbrämte Blut-und-Boden-Ideologie, ist sie für die anderen der notwendige Ort der seelischen, körperlichen und geistigen Besinnung, ein Ort, an dem man sich nicht erklären muß. Die andauernde Diskussion um Heimat bezeugt nun allerdings eher Orientierungs- und Heimatlosigkeit, denn Heimat hat, wer von ihr nicht zu sprechen braucht.

Der Ende der 80er Jahre beginnende „Völkerfrühling“ in Mittel- und Osteuropa hat der Diskussion neue Impulse gegeben. Der tiefgreifende gesellschaftliche und politische Wandel der letzten Jahre hat nicht nur neue Freiheiten beschert, sondern auch eine existentielle Verunsicherung verstärkt, die dazu führte, daß die Völker auf der Suche nach Identität und Verwurzelung im Raum sind. Für viele Staaten bedeutet die Wiedererlangung der Souveränität auch eine Überwindung der Folgen des Zweiten Weltkrieges, als dessen Ergebnis diese Souveränität verloren gegangen war. Heimatgewinn und Heimatverlust liegen eng beieinander, und in die Freude über die neugewonnene Freiheit mischt sich auch die Angst derer, die ein Erstarken nationalchauvinistischer Strömungen befürchten, deren Folgen im ehemaligen Jugoslawien deutlich sichtbar, die aber auch in anderen Regionen virulent sind.

Das Colloquium wollte klären, ob die Ostseeregion eine identitätsstiftende Region für alle Anrainer sein kann. Das thematische Schwergewicht lag auf der Vorstellung der Grenzregionen, Minderheiten und „kleinen“ Völker, deren Kultur und Traditionen oft vernachlässigt werden. Von den etwa 90 Teilnehmern, darunter Wissenschaftler und interessierte Laien, waren Gäste und Referenten aus Deutschland, Dänemark, Finnland, Rußland, Estland, Lettland, Litauen und Polen nach Travemünde angereist.

In ihrem Beitrag „Heimat und Identität. Eine Näherung“ ging Ina-Maria Greverus (Institut für Kulturanthropologie und Ethnologie der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt) auf die aktuelle Diskussion bezüglich des Heimatbegriffs ein. Sie betonte den individuellen Zugang eines jeden zu dem, was man Heimat nennt, zu einer spezifischen Umwelt, in der man sich erkennt, erkannt und anerkannt wird. Dies gelte

ebenso für die Regionen der Ostsee, die allerdings zu verschieden seien, als daß man von einer Ostseeregion als ganzem sprechen könne. Dem Wegfall der Grenzen sei noch keine weitreichende innere Annäherung gefolgt. Während sich im Westen Heimat für viele in ihrer säkularisierten postmodernen Form als letztlich beliebiger identitätsstiftender Ort darstelle, träfen wir in Osteuropa auf eine Renaissance des Nationalstaates mit der Tendenz, sich erst einmal gegen andere und anderes abzugrenzen.

In einer Reihe von Einzelbeiträgen stellten sich daran anschließend mehrere Völkerschaften der Ostseeregion mit ihrem Selbstverständnis vor. Den Anfang machten die Nordfriesen, die von Thomas Steensen (Direktor des Nordfriisk Instituut in Bräist/Bredstedt) vorgestellt wurden. Während die dänische Minderheit in Deutschland und die deutsche Minderheit in Dänemark über eine gute Lobby verfügen, die ihnen auch die finanziellen Möglichkeiten für Kulturarbeit sichert, haben die Nordfriesen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wie sehr die Grenzregion im Norden immer noch vom ehemaligen deutsch-dänischen Gegenüber geprägt ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß man bei den Nordfriesen sehr lange zwischen den Nordfriesen dänischer Option und denen deutscher Option unterschieden hat. Erst langsam setzt sich eine Entwicklung durch, die das Gemeinsame der Nordfriesen – unabhängig vom Staat, den sie nie zu bilden vermochten – betont. Es wächst so auch eine neue grenzüberschreitende Identität, die vielleicht einmal auch auf andere ausstrahlen könnte.

Die Samen (die Bezeichnung als Lappen wird von ihnen als abwertend empfunden) stellte Jouni Kitti (Interessenvertretung der Samen in Finnland) vor. Auch die heute ca. 70 000 Samen, deren Lebensraum sich von Idre in Dalarna in Schweden bis hinunter nach Enderdal in der südnorwegischen Landschaft Hedmark sowie nach Norden und Osten bis Utsjoki in Finnland, Varanger in Norwegen und zur Kola-Halbinsel in Rußland erstreckt, haben nie ein eigenes Staatsgebilde besessen. Ihre traditionelle, vorwiegend an Fischfang, Jagd und Rentierhaltung orientierte Lebensweise ist stark durch die Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft bedroht. Um ihre Identität als indigenes, grenzüberschreitendes Volk zu bewahren, haben sie den Beitritt Schwedens und Finnlands zur Europäischen Union genutzt, um vehement für mehr Rechte auf dem Gebiet der kulturellen Selbstbestimmung einzutreten. Nach dem Ende der Sowjetunion ist es nunmehr auch möglich geworden, die auf Kola lebenden Samen in diese Arbeit mit einzubeziehen.

Die Esten und Letten verbinden die Bewahrung von Heimat und Identität unmittelbar mit der Abwehr von Sowjetisierungstendenzen. Für die Esten sprach Sirje Kivimäe (Historische Fakultät der Universität Tallinn),

für die Letten Gundega Grinūma (Abteilung für Literatur- und Kunstgeschichte des Rainis-Museums, Riga). Die Situation in den baltischen Staaten ist einerseits geprägt von einer Folklorisierungstendenz, wie sie in der sogenannten „Singenden Revolution“ zum Ausdruck gekommen war, deren Höhepunkt allerdings überschritten scheint, und der Bestrebung, sich zur Bewahrung der eigenen Identität radikal von Rußland und russischen Traditionen, die oftmals einfach mit sowjetischen gleichgesetzt werden, abzusetzen. Obwohl Estland und Lettland im Schnittpunkt mehrerer Kulturen liegen, was mithin auch russische Einflüsse mit einschließt, scheint das Verhältnis zu Rußland doch aufgrund der jüngsten Vergangenheit noch lange nachhaltig belastet zu sein. Paradoxerweise war zu sowjetischen Zeiten die staatliche Förderung der estnischen bzw. lettischen Kultur besser gewährleistet als heutzutage, wo sich der Staat wegen seiner finanziellen Schwierigkeiten mehr und mehr von diesen Aufgaben zurückzieht. Im Gegensatz dazu wendet man sich seit einiger Zeit sehr intensiv den Deutschbalten zu, deren Geschichte so etwas wie einen Gegenentwurf zur Einbindung in den russischen Kontext darstellt. Eine ebenfalls große Gefahr für die Bewahrung der Identität droht den baltischen Staaten auch durch westlichen Lebensstil und die Einbindung in internationale wirtschaftliche und politische Strukturen, so daß aus dem „homo sovieticus“ ein „homo americanus“ werden könnte.

Ein Beispiel für das Fortbestehen von regionaler Identität lieferten Martynas Purvinas (Vorsitzender des Vereins „Kleinlitauen“) und Marija Purvienė (Vorsitzende des Vereins „Žemaitija“ und des „Historisch-kulturellen Vereins für die Reformation in Litauen“), die Kleinlitauen als gemeinsame Heimat der Prußen, Litauer und Deutschen vorstellten. Sie unterstrichen die Bedeutung des Protestantismus für die Prägung dieser Region, die sich heute auch gegen Dominierungstendenzen aus Vilnius verteidigen muß.

Die „Geschichte der Memelländerin Lena Grigoleit“ nahm Ulla Lachauer (Mannheim) zum Anlaß, um die verschiedenen Dimensionen des Heimatbegriffs anhand eines persönlichen Schicksals auszuloten. Das Leben dieser alten Frau sei ein Beispiel dafür, daß auch zu sowjetischen Zeiten eine Verwurzelung in der Heimat bestehen können, und zwar in einer Region, deren konstitutives Element gerade in der Vielfalt der kulturellen Einflüsse bestehe. Kontrovers wurde aber die Frage diskutiert, ob es sich hierbei um eine Geschichte handle, deren letzte Protagonisten ausstürben, oder ob sie weitergegeben werden könne.

Ein besonders schwieriges Problem ist zur Zeit mit den russischen Minderheiten im Baltikum verbunden, vor allem in Lettland und Estland, wo sie über 30% der Gesamtbevölkerung stellen. Tat'jana Jasinskaja (Vor-

sitzende der Leitung des russischen Kulturzentrums in Vilnius) machte darauf aufmerksam, daß es für die Russen ein bisher unbewältigtes Trauma sei, sozusagen über Nacht zu Ausländern geworden zu sein. Neben der Lösung der Frage des Erwerbs der Staatsbürgerschaft wird eine gelungene Integration der Minderheiten auch davon abhängen, ob sich die Russen loyal zu ihrem Staat verhalten und ob sie gleichermaßen von der Titularnation akzeptiert werden. Was die Ausgestaltung der staatlichen Identität anbelangt, so reichen die Vorstellungen von einem Modell, bei dem den Minderheiten Rechte der kulturellen Selbstbestimmung belassen, sie ansonsten aber assimiliert würden, bis zu einer Konzeption, die in den Minderheiten ein konstitutives und gleichberechtigtes Element für den Staat sieht.

Einen Spezialfall stellt die Kaliningrader Oblast dar, für die Valerij Gal'cov (Dekan der Historischen Fakultät der Kaliningrader Universität) sprach. Die dortige Bevölkerung hat es besonders schwer, eine eigene Identität zu finden, weil zu der überall in Rußland vorhandenen Verunsicherung noch die Tatsache hinzukommt, daß die Bildung der Oblast eine Folge des Zweiten Weltkriegs ist und kein Ergebnis einer längeren kontinuierlichen Entwicklung. Der Zusammenbruch der sowjetischen Ordnung, deren maßgebliche Legitimation der gewonnene „Große Vaterländische Krieg“ war, läßt die Bewohner Kaliningrads auch eine Revision der Ergebnisse des Krieges befürchten. Soll die Oblast nicht zum Ausgangspunkt neuer Gefahren werden, müssen sich seine Bewohner mehr in der Region selbst verwurzeln. Dazu ist es notwendig, daß sie sich auch mehr mit der deutschen – aber auch polnischen und litauischen – Geschichte des Gebiets vertraut machen; alles Bereiche, die jahrzehntelang tabuisiert waren.

Ein Herantasten an die deutsche Vergangenheit war auch die Ausstellung der Kulturgemeinschaft „Borussia“ über „Landschlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen“, die die Tagung begleitete. Über das südliche Ostpreußen als Heimat der Masuren berichtete Burkhard Ollech (Ostsee-Akademie). Der deutsch-polnische Gegensatz und die evangelische Religion haben dazu geführt, daß die Masuren, deren Identität eben nicht als polnisch oder deutsch bezeichnet werden kann, nach dem Zweiten Weltkrieg entweder assimiliert wurden oder das Land freiwillig oder unfreiwillig verließen.

Ein gelungenes Beispiel für die Bewahrung der eigenen Identität sind die Kaschuben, die Józef Borzyszkowski (Vizewojewode von Danzig und stellvertretender Vorsitzender der kaschubisch-pommerschen Gesellschaft) vorstellte. Sie haben sowohl Germanisierungstendenzen und später – nachdem die Deutschen Pommern verlassen mußten – Polonisie-

rungsversuchen widerstanden, so daß sie heute eine fest in der Region um Danzig verwurzelte Gemeinschaft bilden.

Ein besonderer Akzent wurde von Klaus von Bismarck gesetzt, der in seinem Beitrag „Zwischen Heimatverlust und Heimatgewinn“ aus der Erfahrung eines über 80jährigen Lebens die Verwurzelung des Menschen in seiner angestammten Heimat hervorhob, gleichzeitig jedoch die Notwendigkeit unterstrich, Abschied von dem Prinzip der ethnischen Reinheit zu nehmen und statt dessen eine pluralistische multiethnische Gesellschaft zu etablieren.

Die Abschlußdiskussion fokussierte noch einmal die zwei dominierenden Ansätze auf dem Colloquium: einen eher westlichen, der den Heimat- und Identitätsbegriff mehr als ein Problem des Individuums auffaßt, und einen eher östlichen, der den kollektiven Bezugsrahmen in den Vordergrund stellt. Abseits unterschiedlicher Konzeptionen wurde aber von vielen Seiten Befriedigung darüber ausgedrückt, daß das Colloquium gute Möglichkeiten zum Dialog über die Nationen- und Altersgrenzen hinweg gegeben habe; ein Dialog, der in den Staaten der Ostseeregion noch nicht ausreichend in Gang gekommen ist.

Randolf Oberschmidt, Lübeck

Völkerbegegnung oder „Symbiose ohne Liebe“? Eine Tagung in Lodz vom 19.–21. Oktober 1995

Zu einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „Gruppenbeziehungen in einer multiethnischen Stadtgesellschaft: Polen, Deutsche, Juden im 19. und 20. Jahrhundert (bis 1939) in Lodz“ trafen sich dort im Oktober 1995 (19.–21.) etwa 50 Referenten und Diskutanten. Veranstaltet wurde dieses Treffen gemeinsam vom Deutschen Historischen Institut in Warschau und dem Historischen Institut der Universität Lodz; die Referenten waren überwiegend polnische Wissenschaftler, zwei Vorträge wurden von jungen Historikern aus Deutschland bestritten, nur ein Historiker aus Israel nahm teil. Ziel der Veranstaltung war, Forschungsansätze und -ergebnisse zur Entwicklung der verschiedenen nationalen und konfessionellen Gruppen in dieser Stadt vorzustellen und zu diskutieren, wobei die Betonung auf dem Beziehungsaspekt, dem triangulären Verhältnis im Wandel der Geschichte von der Stadtgründung 1827 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lag. Die polnischen Historiker betonten, daß es auch darum gehe, den Anteil der Minderheiten, der Juden und der Deutschen, am Aufbau und an der Entwicklung der Industriestadt Lodz zu würdigen, dem „Manchester des Ostens“ mit dem Mythos, Stadt der Völkerbegegnung zu sein. Damit wurde ein Thema bearbeitet, „das vor einigen Jahren noch nicht möglich gewesen wäre“, wie versichert wurde.

Im Eingangsreferat entwarf Paweł Samuś (Lodz) ein Bild dieser Stadt als „mała ojczyzna“, d.h. als Heimat für die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen ihrer Bewohner, und betonte die Existenz von „odzielne prywatne ojczyzny“ – von eigenen privaten Heimaten im Großraum Stadt, in dem auch Sprache als Heimat erlebt wurde.

Daß Lodz bereits im 19. Jahrhundert nicht nur eine Stadt des multiethnischen Zusammenlebens, sondern auch der sozialen Polarisierung war, die nach dem starken Bevölkerungswachstum durch Immigration bei geringem natürlichen Zuwachs in den Jahren 1918–1928 anhielt, führte Ludwik Mroczka (Krakau) aus. Das Phänomen des „Lodzermenschen“, also jene in Lodz gebräuchliche Bezeichnung für den wendigen, gerissenen Geschäftsmann, habe wohl nur auf den Fabrikanten, nicht auf den Arbeiter zugetroffen. Allerdings wäre es von Interesse, diesen faszinierenden soziokulturellen Typ als Prototyp der Modernität näher zu untersuchen.

Deutlich wird, daß *die* Geschichte der Stadt Lodz und ihrer Bewohner noch nicht geschrieben ist. Krzysztof Woźniak (Lodz) verwies in seinen Ausführungen auf die Konkurrenz in den Selbstdarstellungen der drei

Gruppen, wonach vor allem die Deutschen ihren Beitrag zur Größe von Lodz besonders hervorzuheben pflegten.

In der Betrachtung von „Wirtschaft und Gesellschaft“ wurden Forschungsergebnisse über die Beziehungen zwischen jüdischen und christlichen Unternehmern, auch vor dem Hintergrund des ökonomischen Kampfes Lodz-Moskau, bis zum Ersten Weltkrieg von Stefan Pytlas (Lodz) und eine biographische Studie zur Gestalt des Julius Kunitzer, eines protestantischen und polonisierten Großindustriellen, als Symbol des multiethnischen Lodz von Kazimierz Badziak (Lodz) vorgestellt. François Guesnet (Berlin) wies auf die Bedeutung der Koexistenz mit einer deutschen Bourgeoisie für die neue, reformorientierte jüdische Fabrikanten-Elite in Lodz hin. Deutsche Kultur wurde für sie, neben der jüdischen Reform in Deutschland und dem gesellschaftlichen Aufstieg der deutschen Judenheit, zum Vorbild. Davon leiteten sie auch den Anspruch ab, die Kontrolle über wesentliche Bereiche des jüdischen Gemeindelebens zu übernehmen, was neben der extremen Bevölkerungszunahme die entscheidende Veränderung innerhalb der Lodzer Judenheit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war. Die Abwesenheit sowohl eines polnischen Bürgertums als auch der polnischen Szlachta mit Anspruch auf kulturelle Hegemonie in der Stadt Lodz bedeutete für die jüdische Reformelite mehr Freiheit, ihre eigene Vorstellung von Zivilität zu entwickeln. Sowohl jüdische als auch deutsche Großindustrielle verstanden sich als Repräsentanten ihrer Kulturen und übten diplomatischen Umgang.

Aspekte der Lodzer Philantropie, entstanden angesichts des großen Arbeiterelends, beleuchtete Hanna Krajewska (Warschau). Während in den meisten polnischen Städten die Polen Wert auf eine eigene Institution legten, setzte sich die „Lodzer Christliche Wohltätigkeitsgesellschaft“ (1885) aus Protestanten, Katholiken und Russisch-Orthodoxen zusammen, war also vielnational. Der Versuch, eine gemeinsame Organisation mit den Juden zu gründen, schlug fehl, nicht zuletzt wegen der Befürchtung der Christen, es gebe mehr arme Juden als bedürftige Christen. Erst 1912, angesichts fortdauernder Arbeitslosigkeit, kam es zur Kooperation zwischen der christlichen und der 1899 entstandenen jüdischen Wohltätigkeit.

Moshe Mishkinsky (Tel Aviv) erörterte im Teil „Politisches Leben“ die Gründe für die verhältnismäßig späten Anfänge der Arbeiterbewegung (1890er Jahre) in Lodz, insbesondere der jüdischen, die erst nach der Etablierung des Bunds erste Schritte unternahm. Der Mai-Pogrom 1892, tief verankert im Bewußtsein der Lodzer jüdischen Arbeiter, hatte die Überzeugung von der Notwendigkeit einer eigenen Organisation verstärkt. Zu einer vorübergehenden Aufhebung der ethnischen Trennung unter den Arbeitern, so Feliks Tych (Warschau), kam es in den Jahren

1905–1907, zur Zeit der „polnisch-deutsch-jüdischen Revolution“ in Lodz gegen die zaristische Herrschaft. Nach diesen Ereignissen hätten sich die Arbeiter, die den größten Anteil der Lodzer Bevölkerung stellten, wieder dem vorrevolutionären Stand zugewandt; man lebte wieder „nebeneinander“ und kehrte zur „Symbiose ohne Liebe“ zurück. Mit einem Sprung in die 1920er Jahre gab Jacek Walicki (Lodz) einen Überblick über die Repräsentanten von Juden und Deutschen in der Lodzer Stadtverwaltung der Zwischenkriegszeit und zeigte den restriktiven Einfluß der Wahlordnung von 1931. In diesem Zusammenhang wurden auch Forschungsdesiderata deutlich. Eine genaue Untersuchung, wie die jeweiligen Gruppeninteressen der im Stadtrat vertretenen Repräsentanten der nationalen Gruppen, wie ihre Kooperation bzw. Dissonanzen aussahen, welche Koalitionen es gab, steht noch aus.

Eine Reihe neuerer Studien wurde zum Alltagsleben vorgestellt, u.a. die ethnographische Erforschung von kultureller Distanz und Stereotypen der Fremden bis 1939 von Bronisława Kopczyńska-Jaworska, basierend auf den Erinnerungen von Industriearbeitern. Anlaß für kontroverse Diskussionen bot der Oral History-Ansatz von Daniel Gerson (Berlin), dessen Darstellung von Interview-Ergebnissen über „Antisemitische Erfahrungen im Lodz der Zwischenkriegszeit“ provokativ wirkte.

Referate über Theater, Journalismus, Architektur und Sport gaben Einblicke in die multiethnische kulturelle Vielfalt, machten aber auch deutlich, daß – was z.B. die Entwicklung jüdischer Sportvereine betrifft – weiterhin Forschungsbedarf besteht.

Der auf dieser Konferenz gewählte Ansatz, der die „ethnic communities“ in das Zentrum der Betrachtung rückte und dabei vor allem Wert auf die Alltagsgeschichte legte, brachte viele interessante Ergebnisse und Diskussionen, wenn auch eine wirkliche Rekonstruktion der Verbindungen, die zwischen den oft hermetischen Gruppen bestanden, erst ansatzweise geleistet wurde. Es besteht hierbei auch die Gefahr, aus dem Blickfeld zu verlieren, daß sich Aufstieg und Blüte des Modernisierungszentrums Lodz innerhalb des russischen Imperiums vollzogen haben – alle Bewohner waren Untertanen des Zaren. Das Ende des Ersten Weltkriegs, entscheidender Wendepunkt in Polen, brachte durch die beschleunigt einsetzende Nationalisierung der Massen eine scharfe Zäsur im ethnischen Gefüge, die sehr genau zu analysieren ist.

Diese spannende Konferenz hat ein reiches, aber vielleicht zu umfangreiches Programm bewältigt; die Bearbeitung der Zwischenkriegszeit mit dem wachsenden polnischen Antisemitismus der 30er Jahre und mit der ab 1933 beginnenden nationalsozialistischen Gleichschaltung von großen Teilen der deutschen Minderheit wäre eine eigene Tagung wert. Dennoch

wurde hier ein wichtiges Fundament für einen gemeinsamen Neuzugang zu den Fragen multiethnischen Zusammenlebens gelegt. Daß diese neue Sicht auch von seiten des offiziellen Lodz gewünscht wird, zeigte ein herzlicher Empfang der Konferenzteilnehmer beim Lodzer Stadtpräsidenten. Wünschenswert wäre es auch, wenn bei der als Fortsetzung geplanten Konferenz zum Thema „Polen, Juden und Deutsche in Lodz unter der deutschen Okkupation 1939 bis 1945“ polnische, israelische und deutsche Historikerinnen und Historiker an diesem Ort gemeinsam tagen könnten.

Beate Kosmala, Berlin

Das Institut für Länderkunde in Leipzig begeht sein 100jähriges Jubiläum

Für das Institut für Länderkunde Leipzig war der 5. Februar 1996 ein besonderer Tag – es konnte sein 100jähriges Institutsjubiläum feiern. Seine Gründung verdankt es dem aus Leipzig stammenden Privatgelehrten und Vulkanologen Alphons Stübel. Er schenkte dem Rat der Stadt Leipzig seine Sammlungen, die er auf seinen ausgedehnten Forschungsreisen durch Südamerika zusammengetragen hatte. Die Schenkung war an die Bedingung geknüpft, daß die Stadt Leipzig geeignete Räumlichkeiten für die Ausstellung seiner Sammlungen zur Verfügung stellte. Die Stadt erfüllte diese Bedingung mit der Errichtung einer „Abteilung für vergleichende Länderkunde“ im Rahmen des neuen Völkerkundemuseums. Damit war die Wiege für ein in dieser Art einmaliges Museum als wissenschaftliche Sammelstätte für die Geographie geschaffen worden.

Der Weg in die Selbständigkeit begann 1907, als der Rat der Stadt Leipzig beschloß, die bisherige Abteilung für Länderkunde in ein selbständiges „Museum für Länderkunde“ umzuwandeln und anstelle des bisherigen Abteilungsleiters einen Direktor an die Spitze der Einrichtung zu stellen. Dieser neue Direktor, Walter Bergt, versuchte, die bis dahin geringe Breitenwirksamkeit des Museums durch die Gründung von zwei neuen Abteilungen – „Deutsche Kolonien“ und „Mitteldeutschland“ – zu verbessern. Seine Pläne scheiterten jedoch an den finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich das Museum befand.

Der Erste Weltkrieg und die Zeit der Inflation brachten dem jungen Museum für Länderkunde nur wenig Gedeihliches – die Alphons-Stübel-Stiftung wurde aufgelöst, der Fortbestand des Museums schien gefährdet. Glücklicherweise gab es auch in dieser schweren Zeit Freunde und Förderer des Gedankens eines Länderkunde-Museums. Und so gelang es, das Museum nicht nur am Leben zu erhalten, sondern ihm auch ein neues Profil zu geben. Mit dem Einzug in die Räume im Grassimumuseum am Johannisplatz nahm auch ein neues Konzept für das Museum Gestalt an. Der neue Direktor, Rudolf Reinhard, sah die Aufgabe des Museums in einer ganzheitlichen Darstellung verschiedener Kontinente und Länder, ein „Haus der Erde“ sollte den Besucher mit Hilfe eines umfangreichen Anschauungsmaterials über geographische Sachverhalte informieren. Mit dieser Konzeption erreichte das Museum erstmals wieder eine breite Öffentlichkeit, es wurde sowohl von Fachkreisen als auch interessierten Laien akzeptiert. Dies wirkte sich positiv auf das Budget und den Umfang der Personalstellen aus, das Museum hatte 1930 bereits neun Mitarbeiter.

Eine eigene wissenschaftliche Publikationsreihe erschien, sie wurde auch gegen Schriften aus anderen wissenschaftlichen Institutionen getauscht.

Dem allgemeinen Zeitgeist folgend, wurde 1935 der Name des Museums in „Deutsches Museum für Länderkunde“ und 1942 in „Deutsches Institut für Länderkunde. Geographisches Zentralmuseum und Forschungsinstitut“ geändert. Der Personalbestand des Instituts wurde kontinuierlich erweitert, neben der Ausstellungstätigkeit wurden zahlreiche Forschernachlässe erworben und in den Bestand eingearbeitet. Das Institut wurde in die nationalsozialistische Propagandastrategie einbezogen und unterstützte mit seinen Ausstellungen und Vorträgen die Bildungsrichtlinien jener Zeit.

Als die Kriegereignisse für Leipzig immer bedrohlicher wurden, erfolgte die Auslagerung wertvoller Bestände des Deutschen Instituts für Länderkunde. Auf diese Weise entgingen die Bestände der Vernichtung, da der Institutsstandort Grassimuseum durch einen Bombenangriff im Dezember 1943 stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Nachkriegszeit bedeutete für das Institut eine Zeit der Suche nach neuen Inhalten und des mühsamen Neu- bzw. Wiederaufbaus der Bibliothek und der Sammlungen. Mit der Übernahme der Direktorenstelle durch Edgar Lehmann begann für das Institut ein weiterer Abschnitt auf dem Weg zu einer anerkannten geographischen Forschungseinrichtung. Die Publikationstätigkeit wurde wieder aufgenommen, in zahlreichen Ausstellungen stellte sich das Institut aktuellen geographischen Fragestellungen. 1952 zog das Institut in sein neues Domizil, die oberen zwei Etagen des ehemaligen Reichsgerichts. Mit der zunehmenden Anerkennung der Leistung des Instituts wurde auch der Gedanke an eine Wiedereinrichtung von Museumsflächen aufgegriffen. So wurde 1957 im Grassimuseum die Ausstellung „Landschaftsgürtel der Erde“ als Dauerausstellung eröffnet.

Mit der Angliederung des Instituts an die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin gelang es 1968/69, dem Institut einen günstigen Platz in der Forschungslandschaft der damaligen DDR zu sichern und eine personelle und finanzielle Aufwärtsentwicklung zu garantieren. Es erhielt nunmehr die Bezeichnung „Geographisches Institut der Akademie der Wissenschaften“.

Mit der Auflösung des Geographischen Museums im Jahre 1975 erfolgte die eindeutige Zuwendung zur Forschungstätigkeit, die Bildungsfunktion trat in den Hintergrund. In zunehmendem Maße standen auch Fragen aus dem Bereich der Umwelt im Mittelpunkt der Forschungen, nicht zuletzt bedingt durch den 1976 erfolgten Zusammenschluß des Leipziger Instituts mit der Berliner Forschungsstelle für Umweltgestaltung. Die

neuentstandene Forschungseinrichtung erhielt den Namen „Institut für Geographie und Geoökologie“ (IGG), den sie bis zu ihrer Abwicklung im Rahmen des Einigungsvertrages am 31. Dezember 1991 tragen sollte.

Die Evaluierung des Instituts durch eine vom Wissenschaftsrat berufene Arbeitsgruppe führte zu einer Stellungnahme, in der die Auflösung des IGG sowie die Weiterführung ausgewählter Forschungsrichtungen empfohlen wurde. Dieser Empfehlung folgend, kam es am 1. Januar 1992 zur Gründung des Instituts für Länderkunde e.V. als Einrichtung der sogenannten „Blauen Liste“. Im Stellenplan wurden 35 Personalstellen, darunter 15 Wissenschaftlerstellen, festgelegt.

Die Gründungskommission des Instituts erarbeitete unter der Leitung von Hans Heinrich Blotevogel ein mittelfristiges Forschungskonzept, welches die Schwerpunkte der künftigen Arbeit des Instituts absteckt. Darin wird u.a. aufgeführt, daß der Inhalt der Forschungsarbeit eine anwendungsorientierte Grundlagenforschung darstellt, die drei aufeinanderfolgende Schritte beinhaltet:

- Erfassung, Aufbereitung, Dokumentation und Bereitstellung landes- und länderkundlicher Informationen,
- Durchführung landes- und länderkundlicher Forschungsvorhaben über politische, soziale, demographische, ökonomische, kulturelle und geökologische Strukturen und Prozesse sowie
- Verbreitung landes- und länderkundlicher Informationen und Forschungsergebnisse durch Veröffentlichungen sowie durch Ausstellungen, Tagungen, Seminare und Vorträge.

Zu diesen drei Schritten gehören folgende Forschungsschwerpunkte:

- Theorie der Landes- und Länderkunde,
- Städte und Siedlungssysteme Europas im Wandel,
- Politischer, ökonomischer und kultureller Bedeutungswandel von Regionen in Deutschland und Europa,
- Veränderungen der Landnutzung und ländlicher Räume in Deutschland und Europa,
- Verkehrssysteme Europas im Wandel,
- Regionale Auswirkungen interregionaler und internationaler Migration in Europa.

In den beiden Forschungsbereichen „Regionale Geographie Europas“ und „Deutsche Landeskunde“ sowie in den Abteilungen Kartographie/Geographische Informationssysteme und der Geographischen Zentralbibliothek wird an der Erfüllung dieser anspruchsvollen Zielstellungen gearbeitet.

Dabei beziehen sich die Forschungen des Bereichs „Deutsche Landeskunde“ auf folgende Einzelthemen bzw. -projekte:

- Erfassung der räumlichen Strukturen im vereinten Deutschland: Hierzu gehören Untersuchungen des Transformationsprozesses im Überblick sowie die Erarbeitung eines Konzepts für einen Nationalatlas der Bundesrepublik Deutschland und die Koordinierung der dazu erforderlichen Arbeiten;
- Veränderungen der Strukturen in Städten und Siedlungssystemen in den neuen Bundesländern: Unter diesem Schwerpunkt werden vor allem Prozesse der Wohn- und Gewerbe-Suburbanisierung in ostdeutschen Großstadtreionen und innerstädtische Entwicklungsbeispiele untersucht sowie Leitbilder und regionale Entwicklungskonzepte für den Ballungsraum Halle/Leipzig erarbeitet;
- Regionaler Wandel im ländlichen Raum und in Grenzregionen: Die Untersuchung des Wandlungsprozesses im ländlichen Raum an Deutschlands Ostgrenze, die Veränderungen der Zentralität in der Grenzregion und der Nutzungsmuster in Fremdenverkehrsgebieten Sachsens, die Frage nach den sächsischen Kulturräumen und der regionalen Identität stehen hier u.a. im Mittelpunkt;
- Landeskundliche Inventarisierung und Dokumentation als Grundlage einer langfristigen Raumbbeobachtung: In ausgewählten Regionen wird der Kulturlandschaftswandel erfaßt und eine landeskundliche Inventarisierung sächsischer Kulturlandschaften vorgenommen.

Der Schwerpunkt des Bereichs „Regionale Geographie Europas“ ist, entsprechend der Forschungstradition des früheren Instituts für Geographie und Geoökologie, vor allem in den Transformationsstaaten des östlichen Europa zu sehen. Dabei geht es um die Projektbereiche:

- Großräumige Strukturen und Strukturveränderungen im östlichen Europa: Im Mittelpunkt steht die Untersuchung von Zentren und Zentrensystemen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie der Entwicklungsperspektiven der mitteleuropäischen West-Ost-Achse Sachsen-Schlesien-Südostpolen-Westukraine;
- Strukturen und Entwicklungen europäischer Stadtreionen und Städte-systeme: Zu diesem Schwerpunkt gehört die Ermittlung des Wandels intraregionaler und innerstädtischer Raumstrukturen in ausgewählten Städten Ost- und Westeuropas;
- Veränderungen der Städte-systeme im östlichen Europa: Die durch den politischen und wirtschaftlichen Wandel ausgelösten Veränderungen in Städten und Städte-systemen im östlichen Europa werden im Rahmen dieses Schwerpunkts untersucht und dokumentiert;

- Strukturwandel ländlicher Regionen im östlichen Europa: Bei diesem Projekt stehen die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf den ländlichen Raum im östlichen Europa im Vordergrund;
- Strukturwandel von Grenzregionen im östlichen Europa: Hierbei geht es vorwiegend um den durch den Transformationsprozeß hervorgerufenen Bedeutungswandel von Grenzen und deren Einfluß auf die Grenzregionen;
- Regionalmonographien sowie Kartenserien: Die Erarbeitung geographischer Studien zu einzelnen Staaten des östlichen Europa und die Vorbereitung einer Kartenserie über Ost- und Südosteuropa sind Bestandteil dieses Forschungsschwerpunkts.

Neben den Untersuchungen zu Regionen oder auch Ländern werden zu einer Reihe von Projektbereichen Fallbeispiele einem näheren Studium unterzogen, um damit sowohl den aktuell ablaufenden Transformationsprozeß in seinen konkreten Erscheinungsformen erfassen zu können, als auch um daraus Regelmäßigkeiten und Allgemeingültiges ableiten zu können, um sie schließlich in ein theoretisches Konstrukt einzupassen. Zu den Fallbeispielen, die sich inhaltlich den Projektbereichen zuordnen lassen, gehören z.B. die Untersuchungen zum Wandel von Stadtregionen und der Revitalisierung alter Industriegebiete in Lille, Birmingham und St. Petersburg; zum Funktionswandel von Städten im östlichen Europa in Mineral'nye Vody (Rußland), Černjachovsk (Rußland, Gebiet Kaliningrad), Narva/Ivangorod (Estland/Rußland), Valga/Valka (Estland/Lettland) und Görlitz/Zgorzelec (Deutschland/Polen).

In die Erforschung des Wandels der Grenzregionen werden Beispielregionen im deutsch-polnischen, im polnisch-russischen, im lettisch-litauisch-weißrussischen, im rumänisch-bulgarischen und im tschechisch-slowakischen Grenzraum einbezogen. Der Wandel der ländlichen Regionen des östlichen Europa wird anhand von Fallbeispielen aus Lettland, Estland, dem Gebiet Kaliningrad, aus Rumänien und der Ukraine näher untersucht.

Erste Ergebnisse der Forschungsarbeiten fanden ihren Niederschlag in den Publikationen des Instituts für Länderkunde (Europa Regional, Beiträge zur Regionalen Geographie Europas, Daten – Fakten – Literatur zur Geographie Europas). Eine besondere Bedeutung hat bei den genannten Forschungsarbeiten im östlichen Europa die enge Kooperation mit den geographischen und geographienahen Forschungseinrichtungen in den zu untersuchenden Ländern. Zum Teil konnte hierbei an schon länger bestehende Verbindungen angeknüpft werden, zum Teil wurden neue Beziehungen aufgebaut. Dies scheint auch für ein weiteres Vorhaben des Insti-

tuts wichtig – die Erarbeitung von umfassenden Regionalmonographien als Grundlage für die Beurteilung der Entwicklungsbedingungen ausgewählter Länder des östlichen Europa (Weißrußland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien, Ukraine, Ungarn). Mit diesen Publikationen soll ein Beitrag zur Kenntnis der aktuellen Situation in den entsprechenden Ländern geleistet werden, und sie sollen nach Möglichkeit zur landes- und länderkundlichen Theorie- und Methodendiskussion anregen.

Durch die 1996 beginnende Einrichtung kleiner Arbeitsstützpunkte in einigen Städten des östlichen Europa soll die Grundlage für einen beschleunigten Zugang zur Spezifik des Transformationsprozesses geschaffen werden. Darüber hinaus wird damit die Zielsetzung verfolgt, durch vergleichende Betrachtung des Wandlungsprozesses im östlichen Europa Regelmäßigkeiten erkennen zu können und sie als Bestandteil eines theoretischen Konstrukts für den Transformationsprozeß zu verwenden.

Im Rahmen der aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums am 28. März 1996 durchgeführten Festveranstaltung fanden die Ehrengäste lobende Worte zur langen Tradition des Instituts auf dem Gebiet der geographischen Forschung und auch zu dem seit der Neugründung 1992 erreichten Forschungsstand. Gleichzeitig wurde sehr deutlich darauf hingewiesen, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit der raschen politischen und ökonomischen Umwälzungen hohe Anforderungen an die wissenschaftliche Begleitung und Erforschung dieser Prozesse im Rahmen der Raumforschung gestellt werden.

Dies wurde auch am 29. März 1996 im Verlauf des wissenschaftlichen Kongresses „Regionale Transformationsprozesse in Europa“ sehr klar akzentuiert. Man spannte den Bogen von der theoretischen Begründung regionaler Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa (Heinz Faßmann, Wien) über die Darstellung von Entwicklungstendenzen und Perspektiven der mittel- und osteuropäischen Städte und Städtesysteme (Piotr Korcelli, Warschau) und von urbanen Transformationsprozessen im Spiegel des Bodenmarktes der Region Leipzig/Halle (Helga Schmidt, Leipzig) bis hin zu der Betrachtung veränderter Grenzregionen im östlichen Europa (Frank-Dieter Grimm, Leipzig). Anhand des Beitrages zum wirtschaftlichen Strukturwandel im regionalen Wettbewerb an Beispielen aus den alten Kernländern der Europäischen Union (Helmut Breuer, Aachen) konnte ergänzend zu den auf das östliche Europa gerichteten Betrachtungen der Wandlungsaspekt in den westlichen Ländern dargestellt werden. Eine Veröffentlichung dieser Vorträge in der Publikationsreihe des Instituts für Länderkunde, „Beiträge zur Regionalen Geographie“, ist vorgesehen.

Elke Knappe, Leipzig